

# aus politik und zeit geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Bernd Faulenbach

„Deutscher Sonderweg“

Zur Geschichte und Problematik  
einer zentralen Kategorie des deutschen  
geschichtlichen Bewußtseins

Hans-Joachim Spanger

Die SED und der

„Sozialdemokratismus“

Matthias Bothe

Die Acht-Stunden-Ideologie

Manuela Wenau

Habe ich den Fehler

meines Lebens gemacht?

ISSN 0479-611 X

B 33/81

15. August 1981

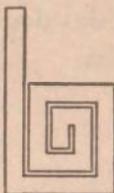
Bernd Faulenbach, Dr. phil., geb. 1943, Studium der Geschichtswissenschaft, Germanistik und Politikwissenschaft in Bonn und Bochum; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Arbeiterbildung in Recklinghausen.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Geschichtswissenschaft in Deutschland. Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben, München 1974; Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

Hans-Joachim Spanger, Dr. phil., geb. 1953; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften in Mainz und Frankfurt; Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt.

Matthias Bothe, 28 Jahre alt, 1972 Baufacharbeiterlehre mit Abitur abgeschlossen; bis 1976 Studium an der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“, Berlin (Ost). 1978 Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland, seitdem Student an der Universität Köln (Philosophie und Politikwissenschaft).

Manuela Wenau, 25 Jahre alt, wohnte in Teltow und Kleinmachnow (bei Berlin) und Mirow (Mecklenburg) in der DDR. Dort absolvierte sie die Schulzeit bis zur 10. Klasse. Im Sommer 1972 Fluchtversuch der Familie; danach ein Jahr Haft; anschließend in die Bundesrepublik nach Bremen. Besuch eines Bremer Gymnasiums, Abitur; im April 1981 Abschluß des Studiums an der Freien Kunststudienstätte in Ottersberg als Kunsttherapeutin und -pädagogin.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Redaktion: Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammlungen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## „Deutscher Sonderweg“

### Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins

#### Einleitung

Gegenwärtig wird — z. T. stimuliert durch die Preußen-Welle und die Berliner Preußen-Ausstellung — wieder über die Frage diskutiert, wie sehr und wodurch sich die deutsche historische Entwicklung von der der übrigen europäischen, insbesondere der westeuropäischen, Länder unterscheidet und wie dies zu bewerten sei. Die Debatte über diese Frage ist alt; ein Blick auf ihre Geschichte vermag zur Einordnung und Reflexion der gegenwärtigen Diskussion beitragen.

Der Begriff „deutscher Sonderweg“ und die nahezu synonymen Begriffe „besondere deutsche Entwicklung“ bzw. „deutsche Sonderentwicklung“, die ein Abweichen der deutschen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung von der „normalen“ Entwicklung der westlichen (weniger der östlichen) Nationen meinen, sind — wie etwa die aktuelle Preußen-Literatur zeigt — in der neueren historisch-politischen Diskussion verbreitet. Sie werden von Autoren unterschiedlicher politischer Orientierung — etwa Bracher, Dahrendorf und Wehler<sup>1)</sup> — verwandt und tauchen in recht verschiedenartigen Kontexten auf. Sie werden ebenso zur Kennzeichnung der historischen Voraussetzungen des Nationalsozialismus wie zur Charakterisierung eines Defizits an Liberalität in der deutschen Gesellschaft oder zur Beschreibung der Spezifika des kapitalistischen Systems in Deutschland gebraucht. Of-

fensichtlich bildet der Begriff eine zentrale Kategorie der geschichtlichen Interpretation. Michael Stürmer nennt die These vom deutschen Sonderweg die „vieldeutigste und eta-

#### INHALT

##### Einleitung

- I. Zur Entstehung der Vorstellung einer besonderen deutschen Entwicklung  
Vormärzliche Interpretationen  
Zum geschichtlichen Bewußtsein der Reichsgründungsperiode
- II. Die Ideologisierung des deutschen Weges  
Das Kaiserreich als Ziel des deutschen Weges  
Der „deutsche Weg“ als Anti-Ideologie zur Weimarer Republik
- III. Die Auflösung der Ideologie des deutschen Weges  
Der „deutsche Sonderweg“ als Fehlentwicklung  
Die neueste Diskussion
- IV. Funktion und Begrenzung der Sonderwegskategorie  
Merkmale der Sonderwegsvorstellung  
Zur Kritik der Sonderwegskategorie

blierteste aller Thesen zur neueren deutschen Vergangenheit“<sup>2)</sup>. Der englische Historiker Geoff Eley hat kritisch von einem „tiefverwurzelten Glauben“ an den deutschen Sonderweg gesprochen<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln, Berlin 1969, S. 16 ff.; Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968; Hans-Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871—1918, Göttingen 1973. Die außerordentlich umfangreiche Literatur über den deutschen Sonderweg kann hier nicht aufgeführt werden.

<sup>2)</sup> Michael Stürmer, Wie es eigentlich nicht gewesen. Angelsächsische Revisionsversuche an der These vom deutschen Sonderweg, in: Die Zeit, Nr. 9, 20. 2. 1981, S. 13.

<sup>3)</sup> David Blackbourn u. Geoff Eley, Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt 1980, S. 7.

In der Tat hat die Vorstellung von einer besonderen deutschen Entwicklung eine lange Tradition<sup>4)</sup>. Seit dem 19. Jahrhundert dient sie — bei keineswegs gleichbleibendem Inhalt — als Interpretationsschema der deutschen Geschichte: im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik, nicht nur bei deutschen, sondern auch bei ausländischen Interpreten. Angesichts der fortdauernden zentralen Bedeutung des Begriffs „deutscher Sonderweg“ („deutscher Weg“ etc.) für die Interpretation der neuesten Geschichte erscheint es angebracht, seine Tragfähigkeit, Implikationen und Funktionen im Kontext der deutschen Geschichte zu diskutieren. Nicht die „besondere“ deutsche Geschichte ist Gegenstand dieser Skizze. Vielmehr sollen durch einen Blick auf die Geschichte der Sonderwegsvorstellung die Spezifika des modernen Sonderwegsbegriffs bestimmt und einer kritischen Reflexion unterzogen werden.

Die folgende Skizze der zum Teil komplexen Sonderwegsvorstellungen in Vergangenheit und Gegenwart beschränkt sich dabei auf zwei Aspekte:

a) Welche Epochen und Momente werden als konstitutiv für die deutsche Sonderentwicklung betrachtet? Gilt die Abweichung als eine transitorische oder unaufhebbare, als eine partielle oder totale? Was ist die Norm, an der die „Besonderheit“ der deutschen Entwicklung abgelesen wird; wo ist das Bezugssystem?

b) Inwieweit wird der „deutsche Sonderweg“ als eine notwendige und sinnvolle Entwicklung betrachtet, inwieweit erscheint er als Fehlentwicklung? Überwiegt im Sonderwegsbild das Bewußtsein problematischer Aspekte der deutschen Geschichte oder die Betonung spezifisch deutscher politisch-kultureller Leistungen?

Wie alle Allgemeinbegriffe des historischen Denkens bindet der Sonderwegsbegriff Interpretation der Vergangenheit und gegenwartsbezogene Orientierungen und Wünsche zusammen. Er ist deshalb unverkennbar auf die jeweilige „Gegenwart“ bezogen. Seine Untersuchung hat entsprechend die wechselnden historischen Kontexte einzubeziehen, bietet damit aber auch die Möglichkeit, Aufschlüsse über das deutsche geschichtliche Bewußtsein in den verschiedenen Epochen zu gewinnen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die „Idee“ eines besonderen „deutschen Weges“ eine bedeutsame Komponente des Nationalbewußtseins breiter bürgerlicher Schichten seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts war. Formuliert wurde diese „Idee“ vor allem von Historikern, Staatsrechtlern, Philosophen und Publizisten, von denen hier freilich nur ganz wenige, nicht einmal die wichtigsten Vertreter, genannt werden können — wobei es ohne Vereinfachungen und Typisierungen nicht abgehen kann<sup>5)</sup>.

## I. Zur Entstehung der Vorstellung einer besonderen deutschen Entwicklung

### Vormärzliche Interpretationen

Die Vorstellung eines besonderen „deutschen Weges“ entwickelte sich im Zusammenhang mit dem modernen deutschen Nationalbewußtsein als ein Produkt des historistischen Zeitalters, in dem die Tendenz verbreitet war, nationale Identität, auch politische Forderungen, über die Geschichte zu begründen.

In Ansätzen läßt sich diese Vorstellung bereits in der Epoche der Befreiungskriege nachweisen, in der einerseits die Errungenschaften der Französischen Revolution als Vorbild für das zurückgebliebene deutsche staatliche Leben wirkten, andererseits aber die deutsche Identität von zahlreichen Denkern und Publizisten in Abgrenzung oder Entgegensetzung zu

<sup>4)</sup> Rudolf Vierhaus, Die Ideologie eines deutschen Weges der politischen und sozialen Entwicklung, in: Rudolf von Thadden (Hrsg.), Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen, Göttingen 1978, S. 96—114.

<sup>5)</sup> Wir beschränken uns hier auf Stellungnahmen von professionellen Historikern, wobei selbstverständlich keine Geschichte der Historiographie angestrebt wird. Es geht um das deutsche geschichtliche Bewußtsein in der Artikulation von Historikern.

Frankreich und zur Französischen Revolution definiert wurde. War hier bereits der deutschwesteuropäische Gegensatz antizipiert, so überwog im Geschichtsbewußtsein des vormärzlichen Bildungsbürgertums doch noch eine Sichtweise, die den europäischen Zusammenhang betonte.

Die liberalen Historiker dieser Epoche — Droysen, Häusser, Gervinus, Dahlmann u. a. — suchten zwar vielfach die Notwendigkeit der deutschen Einigung aus der Vergangenheit zu beweisen, begriffen aber die deutsche Geschichte nicht zuletzt in Hinsicht auf den universalen Prozeß zur Freiheit, wobei Freiheit — konkreter als bei Hegel — als geistige, bürgerliche und politische Freiheit aufgefaßt wurde. Vorangetrieben wurde dieser Prozeß — aus der Sicht der Historiker — durch Revolutionen, die untereinander verknüpft waren und gleichsam eine Kette bildeten: Reformation (gleichsam als „Ur-Revolution“ gedacht), englische Revolution, amerikanische Revolution, französische Revolution — die späteren Revolutionen erschienen dabei als Weiterführung der Tendenz der ersteren<sup>6)</sup>. Die deutsche Nation hatte schon mit der Reformation Teil an diesem Prozeß, der — obgleich universal gedacht — nach verbreiteter Anschauung eine germanisch-amerikanische und eine romanisch-französische Entwicklungslinie aufwies, wobei die deutsche Geschichte natürlich der ersteren zugerechnet wurde.

Allerdings entwickelte sich schon im Vormärz ein Bewußtsein für die nationalen geschichtlichen Unterschiede, das selbst bei einem naturrechtlich argumentierenden, am Vorbild Frankreich orientierten Historiker wie Rotteck nicht völlig fehlte. Dahlmann, der England als Vorbild einer evolutionären Entwicklung zu einer gemischten Verfassung betrachtete, glaubte nicht an die Möglichkeit, daß sich das englische Modell auf ganz Europa übertragen lasse, und sprach sich dafür aus, die Politik auf das „Maß der gegebenen Umstände“ zu-

<sup>6)</sup> Siehe Michael Neumüller, Liberalismus und Revolution. Das Problem der Revolution in der deutschen liberalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973. Zur Geschichte der Geschichtsschreibung in Deutschland allgemein Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft, München 1971. Auf eine ausführliche Belegung der grob charakterisierten Positionen muß in diesem Rahmen verzichtet werden.

rückzuführen, d. h. nach den jeweiligen Verhältnissen zu orientieren<sup>7)</sup>. Das so historisch begründete Ziel der Mehrzahl der liberalen Historiker war die konstitutionelle Monarchie im nationalen Rahmen, z. T. schon in der preußisch-deutschen, kleindeutschen Variante und damit verknüpft die Realisierung eines staatsbezogenen Freiheitsideals, das sich deutlich von dem westeuropäischen Freiheitsbegriff unterschied, auch wenn es noch nicht im Gegensatz zu diesem definiert wurde<sup>8)</sup>.

Anders als die liberalen Historiker betrachtete Ranke von einem gemäßigt konservativen Standpunkt aus das Verhältnis der deutschen zu den anderen europäischen Nationen. Zwar verwandte auch er allgemeine Begriffe wie „abendländische Christenheit“ und ging von der Einheit der germanisch-romanischen Völker aus. Doch hob er, Staaten und Nationen als Kollektivindividualitäten auffassend, die Bedeutung der nationalen Individualitäten hervor und bekämpfte politisch den nach Allgemeingültigkeit strebenden französischen Liberalismus und Konstitutionalismus<sup>9)</sup>. Indem er die Erforschung und Darstellung der individuellen Entwicklungen der verschiedenen Staaten und Nationen als Aufgabe der Historie begriff, erhielt diese die Funktion, die „Besonderheit“ der deutschen Entwicklung zu begründen. Zweifellos hat Rankes Geschichtsschreibung in der Folgezeit in diesem Sinne als Paradigma gewirkt.

Insgesamt herrschte jedoch im bürgerlichen Geschichtsbewußtsein des Vormärzes noch eine Anschauung vor, die trotz der wachsenden Bewußtheit der — meist als Rückständigkeit interpretierten — Spezifika der deutschen Geschichte die deutsche Entwicklung als Teil des europäischen Prozesses betrachtete, der eine einheitliche Entwicklungsrichtung zu besitzen schien. Erst nach dem Scheitern der 48er Revolution wurde dieses Interpretationsmuster zunehmend zurückgedrängt.

<sup>7)</sup> Friedrich Christoph Dahlmann, Die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt, Göttingen 1835; Leipzig 1847<sup>2</sup>.

<sup>8)</sup> Vgl. Leonard Krieger, The German Idea of Freedom, Boston 1957.

<sup>9)</sup> Vgl. Aira Kemiläinen, Die historische Sendung der Deutschen in Leopold von Rankes Geschichtsdarstellung, Helsinki 1968.

## Zum geschichtlichen Bewußtsein der Reichsgründungsepoche

Die „Verarbeitung“ des Verlaufs und des Ausgangs der 48er Revolution im bürgerlichen Bewußtsein verhalf einer Denkungsart zum Durchbruch, die die Unterschiedlichkeit der verschiedenen nationalen Entwicklungen stark betonte und die Wirkungsmächtigkeit realpolitischer Faktoren in Geschichte und Gegenwart hervorhob. Die vormärzlichen Auffassungen — die Vorstellung eines universalen Zusammenhangs der einzelnen Revolutionen, die idealistische Geschichtsphilosophie, auch die Annahme eines Vorbildcharakters fremder Verfassungen — wurden nun von den meinungsführenden liberalen Historikern kritisiert<sup>10)</sup>.

An die Stelle einer Interpretation, die in der Reformation den Beginn des neuzeitlichen Emanzipationsprozesses sah, trat eine Sicht, nach der die einzelnen Reformationen die nationalen Charaktere und die individuellen nationalen Entwicklungen bestimmt hatten. Damit näherte sich die Position der liberalen Historiker der Rankes an, nach der die Nationen im Zeitalter der Reformation ihr spezifisches Verhältnis zueinander gewonnen hatten. Die Reformation Luthers rückte in eine nationale Entwicklungslinie und wurde zum Ereignis, das die deutsche nationale Identität dauerhaft geprägt hatte. Auf dem Boden des Protestantismus hatten sich demnach sowohl der preußische Staat, die intensivste deutsche Staatsbildung, als auch eine spezifische deutsch-protestantische Bildung entwickelt, die in eindeutigen Gegensatz zur französisch-rationalistischen beziehungsweise romanisch-katholischen Bildung stand<sup>11)</sup>.

Als Kennzeichen der protestantischen (und damit deutschen) Entwicklung galt ihr evolutionärer Charakter; umgekehrt wurden Katholizismus, Absolutismus und Revolution in einen engen historischen Zusammenhang gebracht. Zweifellos war diese Geschichtsauffassung nicht unbeeinflusst von politischen Optionen. Eine antirevolutionäre Stoßrichtung prägte zunehmend das bürgerliche geschichtliche Bewußtsein.

Zumal mit den Siegen Bismarcks im Verfassungskonflikt und im Kriege mit Österreich verstärkte sich im liberalen Bürgertum — und damit auch in der Historiographie — eine realpolitisch-nationalistische Orientierung. Man betonte nun das „Recht“ und die „Pflicht“ jeder Nation, „sich nach eigentümlicher Anlage zu selbständigem, anderen Völkern gleichberechtigtem Leben heraufzuarbeiten“<sup>12)</sup>. Dies implizierte, daß das Ziel der „Einheit“ nun deutlich vor dem Ziel der „Freiheit“ rangierte, eine Prioritätensetzung, die im Vormärz zwar schon vorgenommen worden war, aber noch keineswegs vorgeherrscht hatte. Obgleich im Norddeutschen Bund und im neuen Reich die wesentlichen Entscheidungen den vom Parlament nicht abhängigen Regierungen vorbehalten waren und sich die politische Führung weiterhin aus Bürokratie, Armee und Adel rekrutierte, wurde das monarchisch-konstitutionelle System von großen Teilen des Bürgertums als Preis für die Herstellung der nationalen Einheit akzeptiert, nicht zuletzt auch deshalb, weil bestimmte bürgerliche und liberale Errungenschaften gesichert und ein weiterer liberaler Ausbau des Reiches möglich zu sein schien.

Hatten die kleindeutschen Historiker die preußisch-deutsche Reichsgründung durch ihre Geschichtsschreibung vorbereitet, so tendierten sie nach 1871 dazu, den Weg zur Reichsgründung zu kanonisieren und das preußisch-deutsche Reich als die allein mögliche und der deutschen Geschichte gemäße Lösung der deutschen Frage zu rechtfertigen; sie schrieben — wie Jacob Burckhardt ironisch bemerkte — von nun an Geschichte „auf 1871 hin“<sup>13)</sup>. Das Abweichen der deutschen Entwicklung von der westeuropäischen war nun offensichtlich: Die Rolle, die das Bürgertum in Westeuropa spielte, füllten augenscheinlich in Deutschland der preußische Staat und die ihn tragenden Kräfte aus. Für den Wandel des bürgerlichen Geschichtsbewußtseins war bezeichnend, daß man begann, die Spezifika dieser Entwicklung in positivem Licht zu sehen. Heinrich von Treitschke beispielsweise betrachtete das Ausbleiben einer bürgerlichen

<sup>10)</sup> Vgl. auch zum folgenden: Franzjörg Baumgart, Die verdrängte Revolution, Düsseldorf 1976.

<sup>11)</sup> Vgl. Neumüller, Liberalismus und Revolution, a. a. O., S. 66 ff.

<sup>12)</sup> Gustav Freytag, Karl Mathy, Geschichte seines Lebens, Leipzig 1870, S. 110.

<sup>13)</sup> Vgl. Hans-Heinz Krill, Die Rankerenaissance, Berlin 1962, S. 104.

Revolution in Deutschland als Erscheinung, die einem „gesitteten Volke“ wohl anstehe. „Die deutsche Revolution“ — so meinte er 1870 unter dem Eindruck der ersten deutschen Waffenerfolge — „bleibt ihrem Charakter treu, sie vollbringt ihre entscheidenden Schläge durch kriegerische Kräfte unter der tatsächlichen Diktatur der Krone Preußens. Der öffentlichen Meinung verbleibt dabei nur eine bescheidene Mitwirkung“<sup>14</sup>). Unverkennbar bildete sich hier bereits ein Sonderbewußtsein heraus, das das Abweichen der deutschen von der westeuropäischen Entwicklung (bzw. des-

sen, was man dafür hielt) zum Vorzug stilisierte.

Die Historiographie dieser Epoche zeigt, daß die Identifikation mit der besonderen deutschen Entwicklung unter dem Eindruck der lange ersehnten Reichsgründung erfolgte und nicht unwesentlich durch die im Bildungsbürgertum verankerte etatistische Orientierung erleichtert wurde. Die spezifische politische und gesellschaftliche Konstellation der Reichsgründungsepoche führte mithin zur Ausbildung eines sich rasch verfestigenden deutschen Sonderwegsbewußtseins.

## II. Die Ideologisierung des deutschen Weges

### Das Kaiserreich als Ziel des deutschen Weges

Ganz offensichtlich gab es für das Bildungsbürgertum in der späteren Bismarckzeit und der Wilhelminischen Zeit ein ausgesprochenes Bedürfnis, das Kaiserreich und seine spezifische Struktur — Plessner sprach später von der „Großmacht ohne Staatsidee“, die an der Mehrdeutigkeit einander ausschließender Traditionen litt<sup>15</sup>) — im historischen Zusammenhang und im Hinblick auf die andersartige westeuropäische Entwicklung zu rechtfertigen. Otto Hintze z. B. — ähnliche Interpretationen lieferten eine ganze Reihe von Historikern, Staatsrechtlern und Staatswissenschaftlern — stellte 1911 heraus, daß das monarchisch-konstitutionelle System sowohl dem für den deutschen Staat existentiellen Primat der Außenpolitik als auch der geschichtlich bedingten mangelnden Einheitlichkeit und Kohärenz der deutschen Gesellschaft und ihres Parteiensystems Rechnung trage<sup>16</sup>). Die Reichsverfassung in die Kontinuität der preußischen Staatsentwicklung einordnend, begriff er das monarchisch-konstitutionelle System als Metamorphose des aufgeklärten Absolutis-

mus. Er bestritt, daß dieses System lediglich eine unvollkommene Entwicklungsstufe des Konstitutionalismus sei; vielmehr war es für ihn ein Typus sui generis. Die preußisch-deutsche Entwicklung durfte demnach nicht an der westeuropäischen gemessen werden.

In der in der Wilhelminischen Zeit verbreiteten Betonung der besonderen deutschen Entwicklung zu einer Großmacht mit spezifischem politisch-kulturellem Profil drückte sich zweifellos Vertrauen in das politische System des Kaiserreiches aus, das den Erweis erbracht zu haben schien, daß es zu einer Lösung der administrativen und sozialen Probleme einer Großmacht ebenso oder besser geeignet sei als die Systeme der Staaten Westeuropas. Dennoch war diese historische Legitimierung des politisch-gesellschaftlichen Status quo vor allem durch ihre defensive Komponente geprägt. In der Sozialdemokratie und ansatzweise auch im Linksliberalismus galt die deutsche Entwicklung als Fehlentwicklung oder schien doch durch Stagnation gekennzeichnet zu sein. Man war hier bestrebt, die deutsche Entwicklung in Richtung auf die westeuropäischen Verhältnisse, die die verhinderte Entwicklungsmöglichkeit der deutschen Gesellschaft zu verkörpern schienen, voranzutreiben. Wie sehr die deutschen Zustände unter Rechtfertigungsdruck standen, läßt sich auch daran ablesen, daß selbst bei den Apologeten des Sonderwegs immer noch die Vorstellung nachwirkte, die westeuropäische Entwicklung sei die „normale“ Form der „Modernisierung“. Die Ambivalenz der Haltung zu

<sup>14</sup>) Heinrich von Treitschke, Friedenshoffnungen, in: Zehn Jahre Deutsche Kämpfe, Berlin 1979, S. 329; vgl. Baumgart, Die verdrängte Revolution, S. 89.

<sup>15</sup>) Helmuth Plessner, Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart 1959, S. 39 ff.

<sup>16</sup>) Otto Hintze, Das monarchische Prinzip und die konstitutionelle Verfassung, in: Preußische Jahrbücher 144, 1911, S. 381—412.

Westeuropa läßt sich außerdem daran ablesen, daß das deutsche Ausgreifen in die Weltpolitik u. a. mit dem Vorsprung der Imperien der westeuropäischen Völker begründet wurde; die deutsche Entwicklung galt insofern als historisch „verspätet“. Sogar die Proklamierung einer „deutschen Sendung“ — für die Selbstverwirklichung der individuellen Nationen — erfolgte nicht ohne Blick auf die westeuropäischen Nationen, ihre Weltreiche und die Ausstrahlung ihrer Ideen<sup>17)</sup>.

Die forcierte Betonung des deutschen Weges spiegelt in gewisser Weise die außenpolitische Konstellation, in die das Reich seit den 90er Jahren geraten war. Bedeutsamer ist, daß die Idealisierung, Harmonisierung und historische Überhöhung des deutschen Weges nicht zuletzt im Hinblick auf die Integrationsprobleme des Reiches erfolgte. Die Strukturprobleme, Spannungen und Konflikte des Kaiserreiches, das anachronistische mit modernen Komponenten unorganisch verband, wurden durch die zur Ideologie gesteigerte Vorstellung eines besonderen deutschen Weges überdeckt. Sie hatte ihre Basis zunehmend in einem Nationalismus, der, anders als der französische oder amerikanische Nationalismus, nicht mit zukunftsweisenden Menschheitsforderungen amalgamiert war, sondern — von der kulturellen und historischen Besonderheit der deutschen Nation ausgehend — gerade durch die ideologische Konfrontation mit Westeuropa der Legitimierung der Vorherrschaft der alten Eliten, überhaupt der Absicherung der damaligen gesellschaftlichen Machtverhältnisse diene; dies kam am handgreiflichsten in seiner Wendung gegen die „Reichsfeinde“, vor allem die Sozialdemokratie, zum Ausdruck<sup>18)</sup>.

Eine weitere Zuspitzung und Popularisierung erfuhr die Ideologie des deutschen Weges im Ersten Weltkrieg, der in der deutschen öffentlichen Meinung, zumal von zahlreichen deutschen Professoren, nicht nur als Kampf gegensätzlicher Interessen, sondern auch konträrer politischer Ideologien, Verfassungssysteme

und politischer Kulturen aufgefaßt wurde. In den sogenannten „Ideen von 1914“ wurden die „deutsche Freiheit“ dem englischen Parlamentarismus, der preußisch-deutsche Beamtenstaat und sein „sozialer Grundzug“ der westeuropäischen Plutokratie, das preußische Dienstethos dem westeuropäischen Eudämonismus, der Idealismus, die Romantik und der Historismus der Naturrechtslehre und dem Rationalismus gegenübergestellt: Der deutsch-westeuropäische Gegensatz umfaßte damit alle Lebensbereiche<sup>19)</sup>. Die Unterschiede wurden als historisch tief verwurzelt erwiesen, indem sie auf die differierenden Schicksale des Westens und der Mitte seit dem beginnenden 16. Jahrhundert zurückgeführt wurden. Nach Ansicht des — zu den Gemäßigten zählenden — Ernst Troeltsch z. B. hatten die deutschen historischen Sonderbedingungen der Ausbildung demokratischer Verfassungsformen in Deutschland Grenzen gesetzt und die Entwicklung zum Großstaat in eigene — wenn auch vom westlichen Vorbild nicht unbeeinflusste — Bahnen gelenkt, die in der sozialen Gesetzgebung eine „großartige, die ganze Welt zur Nachfolge zwingende deutsche Sonderform der Volksfreiheit und ihrer Sicherung“ hervorgebracht hatte<sup>20)</sup>. Andere sahen die Unterschiede unmittelbar in den verschiedenen Nationalcharakteren („Händler und Helden“) begründet, wodurch sie die Ideologie des deutschen Weges in der Übersteigerung ad absurdum führten.

Die deutsche Ideologie im Ersten Weltkrieg war evidenterweise weit weniger Resultat wissenschaftlicher Reflexion als politischen Willens: sie hatte ihren Bezugspunkt in den komplizierten Struktur des Kaiserreiches und war von den Emotionen der Weltkriegskonstellation stimuliert; in ihr ging der Blick für den gemeineuropäischen politisch-kulturellen Zusammenhang fast völlig verloren.

<sup>19)</sup> Siehe Hermann Lübke, Politische Philosophie in Deutschland, Basel und Stuttgart 1963, S. 173 ff.; Klaus Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1969.

<sup>20)</sup> Ernst Troeltsch, Der Ansturm der westlichen Demokratie, in: Die deutsche Freiheit. Fünf Vorträge, hrsg. v. Bund deutscher Gelehrter und Künstler, Gotha 1917, S. 79—114; vgl. auch Troeltsch, Deutscher Geist und Westeuropa. Gesammelte kulturpolitische Aufsätze und Reden, hrsg. von Hans Baron, Tübingen 1925.

<sup>17)</sup> Vgl. Ludwig Dehio, Gedanken über die deutsche Sendung 1900—1918, in: ders., Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, Frankfurt 1961, S. 63—96.

<sup>18)</sup> Vgl. Christian Graf von Krockow, Nationalismus als deutsches Problem, München 1970.

## Der „deutsche Weg“ als Anti-Ideologie zu Weimar

Der Zusammenbruch des Kaiserreiches, das als Sinnzentrum der Sonderwegs-ideologie fungiert hatte, mußte die Vorstellung eines besonderen deutschen Weges als einer Interpretation der deutschen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in eine Krise führen<sup>21)</sup>. Mit der Novemberrevolution und der Installation des „westlich“-demokratischen Systems der Republik von Weimar schien die besondere deutsche Entwicklung an ihrem Endpunkt angelangt zu sein; von einem „Sonderweg“ ließ sich offenbar nur noch bezogen auf die Vergangenheit sprechen, setzte sich doch augenscheinlich die „westeuropäische“ Verfassungsform auch in Deutschland durch. Daß die für den bisherigen Sonderweg konstitutiven vor-demokratischen Strukturen nicht endgültig ausgeschaltet waren, war demgegenüber weniger bewußt.

Symptomatisch für das veränderte geschichtliche Bewußtsein war die Tatsache, daß die problematischen Züge der neueren deutschen Geschichte, die im Sonderwegsbild nie völlig gefehlt hatten, nun verstärkt in den Vordergrund traten. So hat etwa Hermann Oncken das Zusammenfallen der deutschen Nationalstaatsbildung und der — mit der Industrialisierung entstehenden — sozialen Frage zu einem „Doppelproblem“ als die wichtigste Tatsache der deutschen Geschichte bezeichnet: „...daß diese beiden Probleme zur gleichen Zeit, unlösbar ineinander verflochten, vor dem politischen Willen der Deutschen des 19. Jahrhunderts gestanden haben, daran liegt die Besonderheit gerade unserer Entwicklung, mit der sich in dieser Hinsicht keine andere vergleichen läßt“<sup>22)</sup>. Vielfältig wurden die Probleme der deutschen Nationalstaatsbildung und ihrer Behauptung dargestellt, insbesondere die — im Kriege erneut erfahrenen — Gefährdungen des deutschen Staates durch seine „Mittellage“, die ihn offensichtlich in besonderer Weise dem Primat der Außenpolitik unterwarfen.

Auch wenn sich schon früh Stimmen erhoben, die die deutsche Katastrophe im Weltkrieg als Chance und Verheißung eines neuen Aufstiegs und Auftrags für die deutsche Nation interpretierten, so war ihre Folge doch zunächst eine nationale Identitätskrise, die nicht ohne Auswirkung auf die Beschäftigung mit der deutschen Geschichte blieb. Sie fand ihren Niederschlag in der geistesgeschichtlich ausgerichteten Suche nach dem „deutschen Wesen“, die vorrangig um Luther und den Protestantismus und die „deutsche Bewegung“, um Idealismus, Romantik und Historismus, kreiste. Vor allem aber führte sie zu einer historisch-politischen Auseinandersetzung über die besondere deutsche Verfassungsgeschichte, in der sich Interpretation der Vergangenheit und politische Zielsetzungen amalgamierten.

Schon im Prozeß der Verfassungsgebung stand — bei den Parteien der Weimarer Koalition — neben dem von Hugo Preuß repräsentierten Versuch, die neue Republik als Bruch mit dem Kaiserreich und als Fortführung der freiheitlichen Traditionen der deutschen Geschichte zu begreifen, das Bemühen einflußreicher Persönlichkeiten aus dem linksbürgerlich-intellektuellen Bereich, die neue Verfassung mit der besonderen deutschen Verfassungsentwicklung zu verknüpfen. Mit dem Versailler Vertrag und den schweren inneren Krisen, die die Republik von Anfang an belasteten, erhielten zudem diejenigen Kräfte Auftrieb, die die Weimarer Republik als westeuropäischen „Import“ betrachteten und den deutschen Weg der Vergangenheit gegen die Republik ausspielten. Idealtypisch lassen sich mithin drei Sonderwegsinterpretationen, die ihren Bezugspunkt in differierenden politischen Optionen hatten, unterscheiden:

1. Die besondere deutsche Entwicklung war eine Fehlentwicklung; mit der Parlamentarisierung, der Revolution und der Weimarer Verfassungsgebung wurde verspätet eine Anpassung an die gesamteuropäische Verfassungsentwicklung vollzogen.

2. Die besondere deutsche Entwicklung der Vergangenheit war notwendig und sinnvoll. Die deutsche Republik kann und muß die deutsche Staatstradition — modifiziert — fortführen.

<sup>21)</sup> Siehe zum folgenden: Bernd Faulenbach, *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980.

<sup>22)</sup> Hermann Oncken, Lassalle. Eine politische Biographie, Stuttgart und Berlin 1920, S. 1ff.

3. Die besondere deutsche Vergangenheit ist gegenüber der Gegenwart im Hinblick auf die Zukunft zu verteidigen. Es gilt die Weimarer Republik, die eine Abweichung von der Entwicklungslinie des deutschen Staates darstellt, durch Anknüpfung an die Traditionen der deutschen Geschichte zu überwinden.

Von zentraler Bedeutung für die Auseinandersetzung um den „deutschen Weg“ war zwangsläufig die Beurteilung des Kaiserreiches, auf das die Ideologie des deutschen Weges bis dahin vorrangig bezogen gewesen war. Der linksliberale Historiker Johannes Ziekursch vertrat in seiner — den ersten Interpretationstyp verkörpernden — Geschichte des Kaiserreichs die These, daß Bismarck das Reich gegen den „Geist der Zeit“ und gegen die tragenden Kräfte der modernen Staats- und Gesellschaftsentwicklung gegründet und dieses deshalb von Anfang an den Todeskeim in sich getragen habe — eine These, die auf den nahezu geschlossenen Widerstand der Historikerkunft stieß. Ziekursch betrachtete die preußisch-deutsche Entwicklung auf dem Hintergrund der westeuropäischen Entwicklung bzw. einer von dieser abgezogenen hypothetischen Ideallinie, die vornehmlich den rechtzeitigen Übergang zur parlamentarischen Regierungsweise, die schrittweise Einführung des allgemeinen Wahlrechts und die Übernahme der politischen Herrschaft durch das Bürgertum vorsah. Wenn damit die westeuropäische, vor allem die englische Entwicklung zur Norm erhoben wurde, so stieß dies nicht nur auf politische, sondern auch auf wissenschaftliche Bedenken, die in der traditionellen historistischen Axiomatik, nach der die Nationen und Staaten als Kollektivindividualitäten jeweils besondere — prinzipiell sinnvolle — Entwicklungen durchlaufen, ihre Basis hatten. Ihren Bezugspunkt hatte Ziekurschs Interpretation in der rückhaltlos bejahten Weimarer Republik als dem normgebenden Horizont historischer Betrachtung<sup>23)</sup>.

Eine stärker zwischen der Tradition des deutschen Sonderwegs und den Ansprüchen der Gegenwart vermittelnde Position nahmen die

„Vernunftrepublikaner“ ein, zu denen so prominente Historiker wie Friedrich Meinecke, Hermann Oncken und Hans Delbrück zu rechnen sind. Zwar sahen diese nicht generell an den Schattenseiten der Bismarckschen Reichsgründung und der Bismarckschen Politik, überhaupt der preußisch-deutschen Staatsentwicklung vorbei. Doch galt ihnen die Reichsgründung nach wie vor als alternativlos, und mehr noch waren aus ihrer Sicht die Erregenschaften der besonderen deutschen Entwicklung in der Gegenwart zu bewahren. Meinecke setzte sich schon in der Verfassungsdiskussion 1918/19 für ein Höchstmaß an Kontinuität zum alten Staat ein, insbesondere für die Erhaltung des parteiunabhängigen Beamtenstaates und eines parlamentsunabhängigen Reichspräsidenten, der diesen repräsentieren und garantieren sollte. Und Hermann Oncken, Hans Delbrück u. a. schien die deutsche sozialstaatliche Tradition ungleich bessere Voraussetzungen für die Lösung der sozialen Probleme der Gegenwart zu bieten als die westeuropäische Tradition; es ließ sich mithin an jene anknüpfen<sup>24)</sup>.

Es läßt sich nicht übersehen, daß diese Haltung, für die ein starkes Kontinuitätsbedürfnis kennzeichnend war, von Anfang an dazu tendierte, nicht nur die preußisch-deutsche Entwicklung der Vergangenheit gegenüber den Anfeindungen der Gegenwart zu verteidigen, sondern auch die politische Ordnung der Gegenwart dieser Entwicklung anzupassen. Dies gipfelte in der Ära der Präsidialkabinette in dem Bestreben, eine „konstitutionelle Demokratie“, die die Regierungsgewalt vom Parlamentarismus ablöste und die „Überparteilichkeit“ des Staates wiederherstellte, dauerhaft zu etablieren. Damit aber wurde versucht, die deutsche Sonderentwicklung fortzusetzen, wobei vor allem bestimmte Züge der verfassungspolitischen Struktur der Bismarckzeit als Leitbild fungierten. Daß im übrigen in der Diskussion der Geisteswissenschaften der 20er Jahre die Autonomie und auch Überlegenheit der deutschen idealistisch-romantisch-historistischen Geisteswelt gegenüber

<sup>23)</sup> Johannes Ziekursch, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, 3 Bde., Frankfurt 1925—1930; vgl. auch Hans Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Köln 1975, S. 399—451.

<sup>24)</sup> Vgl. Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges, a. a. O., S. 279ff. Zur Gruppe der Vernunftrepublikaner siehe Herbert Döring, Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim 1975.

dem „westeuropäischen“ naturrechtlich-rationalistischen Denken verteidigt wurde, sei nur am Rande vermerkt. Ernst Troeltsch stand mit seinem Plädoyer für eine Annäherung zwischen „deutschem Geist“ und „Westeuropa“ ziemlich allein<sup>24b)</sup>.

Von einer diametralen Gegensätzlichkeit von Weimarer Republik und besonderer deutscher Staatsentwicklung gingen nationalistisch orientierte Historiker, Staatsrechtler und Publizisten aus. Nicht selten wurde der Republik die Legitimation abgesprochen, sich in die Kontinuität der deutschen Geschichte einzuordnen. Die preußisch-deutsche Vergangenheit wurde zum Gegenbild gegenüber der unbefriedigenden Gegenwart erhoben, wobei erstere idealisiert und harmonisiert, letztere aber mit ihren spezifischen Bedingungen und Möglichkeiten verkannt wurde. Die Einführung der westlichen Demokratie in Deutschland galt als Aufzupropfung einer unter anderen historischen Bedingungen erwachsenen Verfassungsform auf die deutschen Verhältnisse — mit der Folge einer Zersetzung des deutschen Staates. Zugleich widersprach sie aus dieser Sicht dem historischen Moment nach dem Ersten Weltkrieg, der durch das Ende des Zeitalters des Liberalismus und des Parlamentarismus, auch des Kapitalismus und des Bürgertums gekennzeichnet zu sein schien.

Die zunehmende Aktualisierung der deutschen Staatstradition zielte überwiegend nicht auf eine einfache Restauration der Hohenzollernmonarchie, wurde der Wilhelminismus doch auch im Lager der Rechten — trotz mancher Apologie des alten Systems — kritisiert. Eher schon strebte man eine Rückkehr zu Bismarck bzw. zu Bismarcks virtuellen späteren Verfassungszielen (berufsständischen Vertretungen und Staatssozialismus) oder eine Anknüpfung an die „Ideen von 1813“ oder ein neues bündisches „Mitteleuropa“ an. Eine gewisse Unsicherheit darüber, was als Leitbild einer Weiterführung des „deutschen Weges“ gelten sollte, ist nicht zu übersehen. Als der deutschen Entwicklung entsprechend wurde vorrangig eine nicht-liberale, nicht-kapitalistische, nicht-demokratische Ordnung betrach-

tet, nicht zuletzt ein starker, die Gesellschaft integrierender und formender Staat, der vom Ethos des Dienstes durchdrungen sein und unter dem Primat der Außenpolitik stehen sollte. Man tendierte dazu, bestimmte, aus der Vergangenheit abgezogene Ordnungsbilder als politisches Programm in die Zukunft zu projizieren.

Die durch tiefgreifende politische, ökonomische und soziale Spannungen und Krisen geförderte nationalistische Atmosphäre der Weimarer Zeit, die sich aus der Frustration über die Niederlage und ihre Folgen ebenso wie aus dem Widerstand gegen die demokratische Ordnung speiste, trug wesentlich dazu bei, daß die auf das Kaiserreich bezogene Ideologie des deutschen Weges nach dem Ersten Weltkrieg zu einer Anti-Ideologie zur Weimarer Republik umgeformt wurde. Hinzu kam, daß die besondere deutsche Entwicklung der Vergangenheit keineswegs völlig diskreditiert war und die historische Konstellation innenwie außenpolitisch eine Weiterführung des besonderen deutschen Weges für die Zukunft nicht auszuschließen schien. Helmuth Plessner hat pointiert festgestellt: Deutschland habe nach 1918 seine Unterlegenheit im Weltkrieg durch den Zweifel am Wertsystem der Sieger wettzumachen versucht und sei dabei „in seiner Linie des Kampfes gegen den politischen Humanismus der westlichen Welt [geblieben], deren Entfaltung und Konsolidierung ins 17. Jahrhundert, d. h. in die Zeiten des Verfalls des alten Deutschen Reiches fiel“<sup>25)</sup>. Gewiß gab es Gegenstimmen zu einer Sicht, die deutsche und westeuropäische Kultur nur als Gegensatz begreifen konnte. Doch wurde die deutsche Entwicklung des 19. Jahrhunderts je länger desto weniger als Fehlentwicklung gesehen.

Wie die Interpretation des deutschen Sonderwegs in der Weimarer Republik zu der des Kaiserreichs in Kontinuität stand, so die der NS-Zeit zu der der Weimarer Zeit. Auch im Dritten Reich wurden die besonderen Probleme der deutschen Geschichte — etwa die geopolitische Lage und die Schwierigkeiten nationaler Einheitsbildung — stark betont. Und als wesentliche Stationen der besonderen

<sup>24b)</sup> Vgl. Troeltsch, Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik, in: ders., Deutscher Geist und Westeuropa, a. a. O., S. 3—27.

<sup>25)</sup> Plessner, Die verspätete Nation, a. a. O., S. 29ff.

deutschen Entwicklung galten nach wie vor die — nun ausgesprochen völkisch interpretierten<sup>26)</sup> — Befreiungskriege und die Reichsgründung; als „Essenz“ der besonderen Entwicklung wurde immer noch das Preußentum gesehen. Als Folie der besonderen deutschen Entwicklung fungierte nach wie vor ein Klichee der westeuropäischen Entwicklung; allerdings trat neben die Unterscheidung von Westeuropa nun auch verstärkt die von Osteuropa. Das traditionelle Bild der besonderen deutschen Entwicklung konnte — obgleich es mit seiner historischen und nationalstaatlichen Prägung in Spannung zur a-historischen, den Nationalstaat transzendierenden, rassistischen NS-Ideologie stand — offenbar ohne große Schwierigkeit mit der Gegenwart des Dritten Reiches vermittelt werden. Der Tag von Potsdam symbolisierte die Kontinuität von „altem“ und „neuem“ Deutschland. Das Hitler-Reich wurde als Konsequenz der be-

sonderen deutschen Geschichte begriffen, auch als Lösung alter deutscher Probleme gesehen — so des Gegensatzes kleindeutsch-großdeutsch, der mit dem Anschluß Deutsch-Osterreichs überwunden schien, allerdings noch einmal die Frage nach dem Sinn des kleindeutschen Kaiserreiches aufwarf. Ähnlich wie im Kaiserreich, jedoch anders als in der Weimarer Republik, wurde die Gegenwart zum Ziel der deutschen Entwicklung erklärt. Wurden auch die Momente der Besonderheit, der Einmaligkeit des deutschen Weges akzentuiert, so wurde doch andererseits auch die Vorstellung weitergeführt, daß die besondere deutsche Entwicklung in spezifischer Weise modern sei, gleichsam Zukunft antizipiere. Karl Alexander von Müller etwa schrieb 1939: „Heute ist ein Zeitalter des Sozialismus und einer neuen autoritären Staatsform angebrochen, und wir gehören zu ihren ersten Trägern.“<sup>27)</sup>

### III. Die Auflösung der Ideologie des deutschen Weges

#### Der „deutsche Sonderweg“ als Fehlentwicklung

Die beispiellose politische und moralische Katastrophe, in der das zur Erfüllung deutscher Geschichte stilisierte Dritte Reich unterging, hat das deutsche geschichtliche Bewußtsein schwer erschüttert. Die deutsche Geschichte, aus der der Nationalsozialismus erwachsen war, mußte nun in problematischem Licht erscheinen. Zugleich ließ der Verlust der deutschen Souveränität erkennen, daß eine besondere deutsche Entwicklung und eine eigenständige deutsche Rolle in der europäischen und internationalen Politik auf unabsehbare Zeit nicht mehr möglich sein würde, abgesehen davon, daß auch die gesellschaftlichen Voraussetzungen — die alten vor-demokratischen Kräfte, ostelbischer Großgrundbesitz und Militär, waren zerschlagen — für eine Fortsetzung des deutschen Weges offensichtlich nicht mehr gegeben waren.

Nicht nur in der alliierten Öffentlichkeit, sondern auch in der deutschen Publizistik wurde das in der NS-Zeit dominante Bild der besonderen deutschen Geschichte, in dem alle Phänomene der neueren Geschichte auf das Dritte Reich als der Aufhebung der Probleme der deutschen Geschichte bezogen waren, geradezu umgestülpt, d. h. in seiner Grundstruktur beibehalten, aber negativ gewertet. Die vorher positiv gesehenen Abweichungen von der westeuropäischen Entwicklung erschienen nun als Aspekte einer verhängnisvollen Fehlentwicklung, die ihr Ziel im Dritten Reich gefunden hatte: die preußische Staatsentwicklung und ihre spezifische politische Kultur mit der besonderen Rolle des Militärischen; das Ausbleiben einer erfolgreichen bürgerlichen Revolution; die deutsche Verfassungsentwicklung mit ihrer Dominanz des Beamtenstaates und dem verspäteten Übergang zum Parlamentarismus; auch die deutsche Geistesgeschichte, die durch eine Verherrlichung des Staates auf der einen Seite und eine publi-

<sup>26)</sup> Siehe z. B. Ernst Anrich, *War Stein Romantiker?*, in: *Histor. Zeitschr.* 153, 1926, S. 290—305; Erich Botzenhart, *Deutsche Revolution 1806/1813*, Hamburg 1940.

<sup>27)</sup> Karl Alexander von Müller, *Deutschland und England. Ein weltgeschichtliches Bild*, Berlin 1939, S. 42.

mierte Kultur der Innerlichkeit auf der anderen Seite charakterisiert schien.

Der Weg der deutschen Geschichte seit 1848 wurde in der frühen Nachkriegszeit vielfach global als „Irrweg“ gedeutet; die lange unterlegenen oder doch an den Rand gedrängten liberalen und demokratischen Kräfte wurden umgekehrt entschieden aufgewertet. Selbst professionelle Historiker wie Ulrich Noack und Franz Schnabel bezweifelten — die großdeutsch-föderalistische bzw. süddeutsch-liberale Kritik des 19. Jahrhundert aufgreifend — die Notwendigkeit und den Sinn der Bismarckschen kleindeutschen, mit militärischen Mitteln erzwungenen Reichsgründung angesichts ihrer langfristigen Folgen. Sie warfen die Frage auf, ob nicht eine föderalistische Lösung eher der deutschen Geschichte und der mitteleuropäischen Lage entsprochen hätte<sup>28)</sup>.

Die gesamte neuere deutsche Geschichte geriet in den Schatten der nationalsozialistischen Katastrophe. Unter ihrem Eindruck wurden Kontinuitätslinien zurück in die deutsche Geschichte gezogen — etwa von Hitler über Bismarck zu Friedrich dem Großen. Ursachen des Dritten Reiches erblickte man in weit zurückliegenden Phänomenen der deutschen Geschichte. Besonders wurde auch die deutsche Geistesgeschichte nach Wegbereitern oder Vorläufern des Dritten Reiches und der NS-Ideologie durchforscht. So rückten etwa Luther und Hegel als Vertreter einer im Dritten Reich kulminierenden deutschen Staatsideologie in den Vordergrund des Interesses. Georg Lukács stellte in seinem Werk „Die Zerstörung der Vernunft“, „den Weg Deutschlands auf dem Gebiet der Philosophie“ seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert als Entwicklung des Irrationalismus dar<sup>29)</sup>. Zweifellos blieb diese kritische Literatur der zuvor dominierenden Sonderwegsvorstellung noch in der Verneinung dialektisch verbunden.

Wurde hier eine Kontinuität Hitlers oder des Dritten Reiches zur neueren deutschen Geistesgeschichte oder zur preußisch-deutschen Staatsentwicklung mehr oder weniger eindeu-

tig unterstellt, so wurde gerade dies von den meinungsführenden westdeutschen Historikern in der Nachkriegszeit bestritten. Diese stellten die fundamentalen Unterschiede zwischen dem Dritten Reich und den politischen Etappen des deutschen Nationalstaats seit der Revolution 1848 heraus und waren bestrebt, die deutschen historisch-politischen Traditionen, nicht zuletzt die preußische, von der pauschalen Verdächtigung, der eigentliche Urheber des Dritten Reiches zu sein, zu reinigen<sup>30)</sup>. Gerhard Ritter etwa bezweifelte, daß die besondere deutsche Entwicklung notwendigerweise zum Nationalsozialismus habe führen müssen und hob gerade die Spannungen und Gegensätze zwischen Luthertum, Preußentum und Bismarck auf der einen Seite und dem Nationalsozialismus auf der anderen Seite hervor. Ritter sah im Nationalsozialismus eine Erscheinung des Massenzeitalters, eine Folge der Modernisierung und führte damit den Sieg Hitlers auf europäische, jedenfalls nicht spezifisch deutsche Faktoren zurück. Auch im Militarismus wollte er keine genuin preußische Erscheinung sehen. Und wesentliche Elemente der preußischen Kultur — auch des lutherischen Protestantismus — waren aus seiner Sicht ein Erbe, das es über die Katastrophe hinwegzuretten galt<sup>31)</sup>.

Die Akzentuierung der Diskontinuität zwischen Drittem Reich und der vorhergehenden preußisch-deutschen Geschichte gab die Möglichkeit, das bisherige nationale Geschichtsbild in modifizierter Form zu erhalten. Siegfried Kaehler, der ähnliche Anschauungen wie Ritter vertrat, sprach von der „sittlichen Ver-

<sup>28)</sup> Hans Mommsen, Haupttendenzen (der deutschen Geschichtswissenschaft) nach 1945 und in der Ara des Kalten Krieges, in: Bernd Faulenbach, Geschichtswissenschaft in Deutschland, München 1974, S. 113—120. Zur deutschen Geschichtsschreibung nach 1945 siehe: Ernst Schulin, Zur Restauration und langsamen Weiterentwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, in: ders., Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch, Göttingen 1979, S. 133—143; Werner Conze, Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945. Bedingungen und Ergebnisse, in: Histor. Zeitschr. 225, 1977, S. 1—28.

<sup>31)</sup> Gerhard Ritter, Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens, München 1948; ders., Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neubestimmung, Stuttgart 1946; ders., Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des Militarismus in Deutschland, 4 Bde., München 1954—1968.

<sup>29)</sup> Siehe Lothar Gall (Hrsg.), Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945, Köln, Berlin 1971.

<sup>30)</sup> Georg Lukács, Die Zerstörung der Vernunft, Neuwied und Berlin 1962.

pflichtung der Enterbten", über dem schlechten letzten Verwalter nicht die wahre Größe und den wahren Geist deutscher Geschichte zu vergessen<sup>32)</sup>. Und Friedrich Meinecke, der in seinem vielgelesenen Buch „Die deutsche Katastrophe“ den Nationalsozialismus sowohl durch allgemein europäische als auch durch spezifisch deutsche Momente verursacht sah, forderte eine Rückkehr zu den Traditionen des deutschen Idealismus<sup>33)</sup>. „Selbstbesinnung“ wurde allenthalben als Motto ausgegeben, was durchaus auch das Bemühen einschloß, die neue demokratische Ordnung im Hinblick auf die eigene Nationalgeschichte zu legitimieren.

Auch Interpretationen, in denen die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts weiterhin als sinnvolle Entwicklung galt und wichtige Elemente der preußisch-deutschen Tradition als unverzichtbar bezeichnet wurden, enthielten nicht mehr jene offen antidemokratische Stoßrichtung, die für die Sonderwegsideologie kennzeichnend gewesen war. Zwar blieb die Frage nach der Entstehung des deutsch-westeuropäischen Gegensatzes ein wichtiges Thema der deutschen — wie übrigens auch der internationalen, zumal der amerikanischen — Forschung; doch wurde angesichts der drohenden stalinistischen Diktatur die westliche Demokratie kaum mehr als „undeutsch“, als den deutschen Verhältnissen und der deutschen Geschichte unangemessen, abgelehnt. Auch wurde im Zeichen des Ost-West-Konfliktes und einer vor allem in der jüngeren Generation verbreiteten Hinwendung zur Europaidee die — im Hinblick auf die „Bewältigung“ der Vergangenheit entlastende — Auffassung vorherrschend, daß die Zeit der Nationalstaaten vorbei sei. Zugleich betonte man die Zugehörigkeit der deutschen zur abendländischen Geschichte und Kultur. Während in der älteren Generation diese Haltung nicht ohne Skepsis gesehen wurde — Gerhard Ritter sprach von einer Haltung „falsch verstandenen Europäertums“<sup>34)</sup> —, ver-

lor die besondere deutsche nationalgeschichtliche Entwicklung für die mittlere und jüngere Generation jene positive normgebende Funktion, die sie in der Vergangenheit ausgeübt hatte. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die politischen Kulturen Englands und zum Teil auch der USA zu Leitbildern wurden und die politische Philosophie des Westens, zumal der angelsächsische Pragmatismus, zahlreiche Anhänger fand. Bei nicht wenigen Historikern und Publizisten diente ein harmonisiertes Bild der westlichen Entwicklung fortan als Folie, auf der sich die deutsche Fehlentwicklung klar abhob.

Auch wenn in den 50er Jahren die „Besonderheit“ der deutschen Geschichte und die historische Einordnung des Nationalsozialismus wichtige Fragen des historisch-politischen Interesses blieben — zu nennen sind etwa Ernst Fraenkel und Karl Dietrich Brachers Analysen der Schwäche der parlamentarisch-demokratischen Tradition in Deutschland<sup>34a)</sup> —, so gerieten diese Fragen doch in den Schatten der Totalitarismustheorie, die — obgleich ursprünglich am Nationalsozialismus orientiert — im Zeichen des Kalten Krieges eine neue Prägung durch das Bild der stalinistischen Sowjetunion erhielt, so daß das NS-System als deutsche Form der europäischen Erscheinung des Einparteiensystems interpretiert werden konnte. Erst in den 60er Jahren trat die Diskussion über die deutsche Sonderentwicklung wieder in den Vordergrund.

Die nun neu einsetzende Auseinandersetzung mit der besonderen deutschen Geschichte resultierte aus der moralisch begründeten Absicht, die in der Nachkriegszeit — wie man meinte — entweder verdrängte oder doch inkonsequente Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit, mit dem Nationalsozialismus und seinen tieferen politisch-gesellschaftlichen Ursachen, nachzuholen und den restaurativen Tendenzen der bundesdeutschen Gesellschaft, ihrer Konfliktscheu und Reformfeindlichkeit entgegenzuwirken. Sie war insofern eine Funktion des veränderten Klimas und entwickelte sich

<sup>32)</sup> Siegfried A. Kaehler, Vom dunklen Rätsel deutscher Geschichte, in: ders., Studien zur deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1961, S. 374f.

<sup>33)</sup> Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.

<sup>34)</sup> Siehe Gerhard Ritter, Das deutsche Problem. Grundlagen deutschen Staatslebens gestern und heute, München 1962, S. 7f.

<sup>34a)</sup> Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Stuttgart und Düsseldorf, S. 3ff.; Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964.

nicht zufällig zu einem Zeitpunkt, als sich eine neue Generation an den deutschen Universitäten zu artikulieren begann<sup>35</sup>).

Als Wendemarke der deutschen Geschichtsschreibung, vielleicht sogar des Geschichtsbeußtseins der Nachkriegszeit, läßt sich Fritz Fischers Buch „Der Griff nach der Weltmacht“ auffassen, das die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg beleuchtete und die deutsche Schuld am Ausbruch des Krieges auslotete<sup>36</sup>. Es löste nicht nur eine neue Diskussion zur Kriegsschuldfrage, sondern auch eine intensivere Beschäftigung zum einen mit der Kontinuität der deutschen Politik zwischen Kaiserreich und Drittem Reich, zum anderen mit den deutschen politisch-gesellschaftlichen Interessenstrukturen vor dem Ersten Weltkrieg aus. Diese neuere Diskussion kreiste und kreist wie die ältere vorrangig um das deutsche Kaiserreich und seinen Ort in der deutschen Geschichte — um seine Vorgeschichte und seine Folgen, um seinen Bedingungscharakter für den Nationalsozialismus und seine hemmende Funktion für die Ausbildung einer demokratischen Gesellschaftsstruktur in Deutschland.

So beantwortete Ralf Dahrendorf 1965 die Frage nach den Ursachen der im Nationalsozialismus kulminierenden Schwäche des Prinzips der liberalen Demokratie vor allem mit dem Hinweis auf die spezifischen Formen, in denen im Kaiserreich die technisch-ökonomische Modernisierung mit den traditional überkommenen politischen und soziokulturellen Strukturen verbunden, „der vorhandenen Gesellschaft gewissermaßen [nur] angeklebt“ worden war<sup>37</sup>). Die hier anklingende Theorie der „partiellen Modernisierung“ wurde vor allem von Hans-Ulrich Wehler, teilweise im Anschluß an den von ihm wiederentdeckten Ek-

kart Kehr, und einer Reihe jüngerer Historiker auf die Geschichte des Kaiserreiches angewendet, wobei auch diese Historiker die Absicht leitete, zur Erklärung von „1933“ beizutragen<sup>38</sup>). Die relativ spät einsetzende, dann aber dynamische, wenn auch keineswegs störungsfreie industrielle Entwicklung und die erfolgreiche Reichsgründung durch die alten vorindustriellen Führungsgruppen bei anhaltender politischer Schwäche des Bürgertums und gleichzeitiger Formierung der Arbeiterbewegung ließen — so läßt sich diese Interpretation grob vereinfacht charakterisieren — eine Konstellation entstehen, in der die alten Führungsgruppen durch effiziente innen- und außenpolitische Strategien ihre Herrschaftspositionen zu behaupten und die gesellschaftliche Modernisierung aufzuhalten vermochten, was zur Katastrophe des Weltkriegs und der Revolution führte und sich noch im Scheitern der Weimarer Republik und in der NS-Machtergreifung auswirkte.

Auf der Suche nach den ökonomisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen des Nationalsozialismus berührte sich die Diskussion über das Kaiserreich mit der — zeitlich etwa parallel laufenden — über einige Jahre recht intensiven Faschismus-Diskussion, die den Nationalsozialismus und das Dritte Reich mit dem italienischen Faschismus (z. T. auch mit einer Reihe anderer Bewegungen und Systeme) theoretisch zusammenfaßte — damit scheinbar die nationalgeschichtlich zentrierte Sonderwegsdiskussion überwand. De facto war freilich die deutsche Diskussion über den Faschismus über weite Strecken eine Diskussion über den Nationalsozialismus und das Dritte Reich, bei der die Sonderwegsthese in nicht wenigen Faschismustheorien zumindest eine subsidiäre Funktion hatte<sup>39</sup>). Und ähnlich wie bei der Diskussion über das Kaiserreich bildete meist die „westliche“ Entwicklung die nicht thematisierte Folie.

Die Unterschiede der Sonderwegsinterpretationen, die sich seit Mitte der 60er Jahre herausgebildet haben, zu denen der 50er Jahre

<sup>35</sup>) Zu den Entwicklungstendenzen der westeuropäischen Geschichtswissenschaft seit den 60er Jahren siehe: Georg G. Iggers, *Neue Geschichtswissenschaft. Vom Historismus zur Historischen Sozialwissenschaft*, München 1978; Hans-Ulrich Wehler, *Geschichtswissenschaft heute*, in: Jürgen Habermas (Hrsg.), *Stichworte zur ‚geistigen Situation der Zeit‘*, Bd. II, Frankfurt 1979, S. 709—753; Bernd Faulenbach, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, in: *Tijdschrift voor Geschiedenis* 1981, H. 1, S. 29—57.

<sup>36</sup>) Fritz Fischer, *Der Griff nach der Weltmacht*, Düsseldorf 1961.

<sup>37</sup>) Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1969<sup>5</sup>.

<sup>38</sup>) Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871—1918*, Göttingen 1973; vgl. auch Iggers, *Neue Geschichtswissenschaft*, a. a. O., S. 114ff.

<sup>39</sup>) Vgl. Helga Grebing, *Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik*, Stuttgart 1974, S. 49ff.

sind offensichtlich. Hatten letztere ihren Fluchtpunkt meist in „konstitutioneller Demokratie“ und gesellschaftlichem Status quo, so diese im Prozeß einer umfassenden Demokratisierung der deutschen Gesellschaft.

### Die neueste Diskussion

Seit einigen Jahren wird die These vom deutschen Sonderweg verstärkt kritisiert — in der deutschen wie in der internationalen wissenschaftlichen und publizistischen Diskussion. Fraglich erscheint sowohl die Vorstellung des „Sonder“- als auch des „Fehlcharakters“ der deutschen Entwicklung.

Die ältere sozialwissenschaftliche Modernisierungsdiskussion, in der die englisch-amerikanische Entwicklung als Paradigma der Modernisierung betrachtet wurde, konnte die deutsche Entwicklung nur als anormal sehen. Mit der Beobachtung und Untersuchung von Modernisierungsprozessen in der Dritten Welt ist die Vorstellung der westeuropäischen bzw. der amerikanischen Modernisierung als der normalen und beispielhaften Entwicklung unhaltbar geworden. Die Einsicht, daß Industrialisierung und Demokratisierung keineswegs synchron verlaufen müssen, relativierte nicht nur die westeuropäisch-amerikanische Entwicklung, sondern nahm auch der deutschen Entwicklung ihren anormalen Charakter. Barrington Moores Arbeit „Social Origins of Dictatorship and Democracy“ beispielsweise unterscheidet verschiedene Idealtypen der Modernisierung: den kapitalistisch-demokratischen Weg der „bürgerlichen“ Revolution, den England, Frankreich und die USA zurückgelegt haben, den japanischen und den deutschen Weg autoritärer und später faschistischer Revolution „von oben“ und den Weg der Bauernrevolution, der zu kommunistischen Regimen führte (typische Fälle: Rußland und China)<sup>40</sup>). Danach war die deutsche Entwick-

lung ebensowenig singulär wie die englische typisch war. In der neueren Diskussion erscheint vielmehr gerade der westliche Entwicklungstypus als ungewöhnlich, geradezu anormal. Formal nähert sich damit die Beurteilung der Verschiedenartigkeit der Entwicklungen der früheren „deutschen“ Einschätzung an, daß „Demokratie“ nur unter ganz besonderen, günstigen Umständen möglich sei. Standen aus dieser Sicht vorrangig machtpolitische Faktoren einer demokratischen Entwicklung entgegen, so wirken aus jener vorrangig sozioökonomische Faktoren als Hemmnisse — gesellschaftliche Rückständigkeit, das Fehlen von für die Modernisierung erforderlichen soziokulturellen Voraussetzungen, etwa von Trägerschichten der Industrialisierung, die damit gegebene Notwendigkeit, diese „von oben“ zu initiieren und zu steuern etc.

Diese Einsichten auf der wissenschaftlichen Ebene fallen zusammen mit einem Verblässen des Vorbildes der USA und Englands in der deutschen politischen Öffentlichkeit; die Rasenproblematik in den USA, Watergate bzw. die „englische Krankheit“ spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle. An den Universitäten ist gegenwärtig ein Bild der politischen Kultur der USA verbreitet, das als Umkehrung der Idealisierung der 50er Jahre gelten kann. Zweifel am westlich-industriellen System sind geradezu vorherrschend.

Ist einerseits die englisch-amerikanische Entwicklung sowohl als Paradigma der Modernisierung in der wissenschaftlichen Diskussion als auch als politisches Leitbild fragwürdig geworden, so wird andererseits auch das Bild der deutschen Entwicklung als Fehlentwicklung auf der wissenschaftlichen wie auf der politischen Ebene verstärkt diskutiert. Bereits in der Diskussion um das Kaiserreich ist die Ansicht vertreten worden, dessen Geschichte dürfe nicht einseitig von seinem Untergang her oder gar von den folgenden Epochen aus — dem Scheitern der Weimarer Republik und der NS-Machtergreifung her — betrachtet werden, sondern habe die Fülle der politischen Tendenzen der Epoche vor 1914, auch die im Endeffekt nicht erfolgreichen, zu berücksichtigen. So wandte sich Thomas Nipperdey gegen jenen „umgekehrten Nationalismus, der befangen im Eigenen“ nur nachweise, wie schlecht alles immer gewesen sei, und kriti-

<sup>40</sup>) Barrington Moore, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt 1969. Zur Korrektur der Vorstellung, daß die weniger entwickelten Länder den Stufen und Phasen des Wandels folgen würden bzw. müßten, die die entwickelten Länder bereits durchlaufen hätten, vgl. Helga Grebing, Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus, Göttingen 1974; M. Rainer Lepsius, Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem, in: Spätkapitalismus und Industriegesellschaft, hrsg. v. Th. A. Adorno, Stuttgart 1968, S. 197—213.

sierte „einlinige Kontinuitätskonstruktionen“, die im Jahre 1933 ihren Angelpunkt haben und die vorhergehenden Epochen nur als Vorgeschichte der NS-Diktatur betrachten. Mit dem Argument, es gelte der Tatsache wieder Rechnung zu tragen, daß jede Epoche mehr und etwas anderes ist als Vor- und Nachgeschichte, griff Nipperdey den Rankeanischen Grundsatz auf, daß jede Epoche „unmittelbar zu Gott“ sei<sup>41)</sup>.

Hinter dieser methodologischen Argumentation wird eine Position sichtbar, die die deutsche Geschichte nicht mehr von der Katastrophe des Dritten Reiches her sehen will. Ganz offen ist diese Position von Helmut Diwald vertreten worden, der behauptet hat, daß den Deutschen im Zuge der reeducation und reorientation ihre Geschichte „in bewußter Gründlichkeit“ weggenommen worden sei und diese nun ihre eigene Identität wiederzufinden hätten<sup>42)</sup>. Hier wird das Bemühen deutlich, über die Geschichte ein neu-altes Nationalbewußtsein zu restituieren. Parallel dazu ist im politischen Raum die Forderung erhoben worden, daß der Geschichtsunterricht die „tausend Jahre heiler deutscher Geschichte“ gegenüber den zwölf Jahren des Nationalsozialismus wieder zur Geltung zu bringen und ein nationales Geschichtsbild zu vermitteln habe<sup>43)</sup>. Daß in einer solchen Geschichtsauffassung das Dritte Reich lediglich als ein „Unfall“ erscheint, ist offensichtlich.

In jüngster Zeit ist die Vorstellung des deutschen Sonderwegs besonders durch einige angelsächsische Autoren kritisiert worden. Der amerikanische Historiker David Calleo hat bestritten, daß die deutsche politisch-soziale und politisch-kulturelle Entwicklung prinzipiell von der der anderen europäischen Nationen abweiche<sup>44)</sup>. Die deutsche Geschichte bis 1914

bilde eine Variante europäischer Normalität. Zumal von einem Mangel an Modernität, an sozialer Gerechtigkeit oder Pluralismus könne gegenüber den anderen Nationen für das Kaiserreich nicht gesprochen werden. Allerdings gebe es — und hier argumentiert Calleo wie die deutsche Historiographie der Weimarer Zeit — einen zentralen Unterschied: die besondere geographische Lage. Sie sei die Voraussetzung der „deutschen Tragödie“, des deutschen politischen Schicksals im 20. Jahrhundert. Den Deutschen habe in der Mitte Europas jener „Ellenbogenraum“ gefehlt, den Russen, Briten, Amerikaner und auch Franzosen an der Peripherie reichlich fanden. Calleo beurteilt die deutsche Geschichte — in seinem Ansatz an die Rankeaner vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg erinnernd — aus der Perspektive des internationalen Systems: Aufstieg und Fall des deutschen Nationalstaats waren europäisch bedingt; seine Geschichte war von Anfang an dadurch belastet, daß er sich spät in das europäische Mächtesystem hineindrängte. Ob von hierher Nationalsozialismus und Drittes Reich erklärt werden können, erscheint fraglich. Überspitzt läßt sich sagen, daß Calleo mit den Argumenten der älteren deutschen Historiographie gegen die Interpretation der jüngeren politischen Sozialgeschichte zu Felde zieht. Auch ihn leitet dabei ein gegenwartsbezogenes Interesse: Am Ende der Nachkriegszeit werde es Zeit, über die Rolle nachzudenken, die die Deutschen in der internationalen Politik nach dem möglichen Ende der pax Americana spielen könnten.

Konkreter als Calleo haben sich die beiden englischen Historiker Blackbourn und Eley mit der modernen deutschen sozialhistorischen Forschung auseinandergesetzt<sup>45)</sup>. Sie versuchen nachzuweisen, daß diese die deutsche Wirklichkeit an einem Idealbild der britischen Entwicklung messe, das historisch unhaltbar und wissenschaftlich längst überholt sei. Insbesondere wenden sie sich gegen den — auf einer spezifischen normativen Vorstellung über die Rolle der Bourgeoisie basierenden — Vorwurf an das deutsche Bürgertum,

<sup>41)</sup> Thomas Nipperdey, Wehlers „Kaiserreich“. Eine kritische Auseinandersetzung, in: Geschichte und Gesellschaft 1, 1975, S. 539—560; ders., 1933 und Kontinuität der deutschen Geschichte, in: Histor. Zeitschr. 227, 1978, S. 86—111.

<sup>42)</sup> Helmut Diwald, Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein im gegenwärtigen Deutschland, in: Saeculum 28, 1977, S. 22—30 ders., Propyläen Geschichte der Deutschen, Berlin 1978, Zitat S. 16.

<sup>43)</sup> Vgl. Hans Mommsen, Geschichtsunterricht und Identitätsfindung in der Bundesrepublik, in: Geschichtsdidaktik 3, 1978, H. 4, S. 291 ff.

<sup>44)</sup> David P. Calleo, Legende und Wirklichkeit der deutschen Gefahr. Neue Aspekte zur Rolle Deutschlands in der Weltgeschichte von Bismarck bis heute, Bonn 1980.

<sup>45)</sup> David Blackbourn und Geoff Eley, Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt/M. — Berlin — Wien 1980.

keine richtige Revolution gemacht zu haben, sowie gegen die damit zusammenhängende These einer Feudalisierung des Bürgertums im Kaiserreich. Aus ihrer Sicht hat das deutsche Bürgertum seine eigentlichen Interessen, die freilich nicht mit den Ideen des Liberalismus verwechselt werden dürften, im Kaiserreich durchsetzen können und auch die vorherrschenden Lebensformen bestimmt. Sie können darauf hinweisen, daß auch andernorts in Europa — etwa in England — das Bürgertum nicht allein die politische Herrschaft übernommen hat. Die beiden Historiker waren von einer differenzierten marxistischen Position aus davor, die Einzigartigkeit der deutschen Ereignisse zu überschätzen, von 1933 her in die deutsche Geschichte zurückzublicken und eine Finalität der Entwicklung anzunehmen.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit und in welcher Form diese angelsächsische Kritik im deutschen geschichtlichen Bewußtsein rezipiert werden wird. Beifall hat sie zunächst vorrangig bei konservativen Historikern und Publizisten gefunden, die in der jüngeren Geschichtsschreibung die Schattenseiten deutscher Geschichte zu stark betont und die Selbstkritik überzogen sehen. Möglicherweise gerät das durch das Sonderwegstheorem geprägte Paradigma der jüngeren Sozialhistorie, das vor allem die besondere Struktur und Problematik des Kaiserreiches herausgearbeitet hat, in die Defensive. In die gleiche Richtung wie diese ausländische Kritik zielt nämlich ein Teil der deutschen Geschichtsschreibung. In Lothar Galls großer Bismarck-Biographie beispielsweise wird die Reichsgründung nicht als Bollwerk gegen die modernen gesellschaftlichen Kräfte, gegen den „Geist der Zeit“ gesehen, sondern als durchaus angemessene Lösung, die eine notwendige Entwicklung beschleunigte, während für eine Entwicklung nach englischem Vorbild alle Voraussetzungen fehlten<sup>46)</sup>. Eine gewisse Nähe dieser Interpretation zur älteren nationalliberalen ist nicht zu leugnen.

<sup>46)</sup> Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M. — Berlin — Wien 1980.

Die Ambivalenz des gegenwärtigen deutschen geschichtlichen Bewußtseins zeigt sich in der aktuellen Preußen-Diskussion, in der das „politische Erbe Preußens“ erörtert wird. Zwar setzt sich einerseits — wenn auch auf höherem Niveau — die Preußen-Kritik der Nachkriegszeit noch fort, in der Preußen als Inkarnation der deutschen Untugenden gegolten hatte. Andererseits aber wird auch für eine unbefangene Sicht seiner Geschichte und seiner politischen Kultur, der „Dialektik von Last und Leistung“ Preußens für die deutsche Geschichte plädiert und sogar eine Rückbesinnung auf bestimmte preußische Tugenden gefordert<sup>47)</sup>. Der Anteil konservativer ordnungspolitischer Vorstellungen an der derzeitigen Preußen-Welle ist nicht zu übersehen.

Gegenwärtig stehen sich mithin in der westdeutschen Öffentlichkeit drei Tendenzen gegenüber:

Erstens die Betrachtung der neueren Geschichte unter dem Aspekt der Fehlentwicklung, partiell auch der Suche nach den alternativen Kräften und ihrer Kontinuität in der deutschen Geschichte; zweitens die Tendenz einer Aufwertung der besonderen preußisch-deutschen Geschichte mit der Absicht ihrer Aneignung als Tradition; drittens eine Sichtweise, die den nationalen Rahmen und den Bezug zur nationalen Identität zugunsten anderer Identitäten zu überwinden sucht. Die weitere Entwicklung wird nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit die Bundesrepublik Deutschland als „Sinnzentrum“ des geschichtlichen Bewußtseins anerkannt werden wird. Momentan läßt sich eine ausgesprochene Attraktivität der Vergangenheit — siehe Preußen — gegenüber der Gegenwart registrieren, die zu einer verstärkten Wiederbelebung der deutschen Sonderwegsvorstellung unter positiven Vorzeichen führen könnte.

<sup>47)</sup> Dirk Blasius (Hrsg.), Preußen in der deutschen Geschichte, Königstein 1980, S. 9—46, Zitat S. 29; Martin Greiffenhagen, Die Aktualität Preußens. Fragen an die Bundesrepublik, Frankfurt 1981; Christian Graf von Krockow, Warnung vor Preußen, Berlin 1981; Rudolf von Thadden, Fragen an Preußen. Zur Geschichte eines aufgehobenen Staates, München 1981. Mit verherrlichender Tendenz: Berthold Maack, Preußen. Jedem das Seine, Tübingen 1981.

## IV. Funktion und Begrenzung der Sonderwegskategorie

### Merkmale der Sonderwegsvorstellung

Die vorstehende grobe Skizze der Entwicklung der Kategorie des „Sonderwegs“ läßt einige allgemeine Beobachtungen zu:

1. Die Vorstellung eines deutschen Sonderwegs ist in ihren unterschiedlichen Ausformungen unverkennbar eine Funktion des deutschen Selbstverständnisses, im weiteren Sinne der „besonderen“ deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Die Sonderwegsinterpretationen reflektieren die jeweilige historische Phase, die ebenso durch die gesellschaftlichen Strukturen und Konflikte in Deutschland wie durch das Verhältnis der deutschen zu anderen europäischen, insbesondere westeuropäischen, Nationen geprägt erscheint. Sie enthalten stets Interpretationen über Vergangenheit und Gegenwart zugleich, häufig werden sie durch Momente „retrospektiver“ und „prospektiver Politik“ bestimmt, vielfach dienen sie mittelbar oder unmittelbar politischen und gesellschaftlichen Interessen.

2. Die Vorstellung einer besonderen deutschen Entwicklung basiert auf der Grundannahme, daß politische Entwicklungen im nationalen Rahmen ablaufen. Sie war fast immer durch eine „deutsche“ Perspektivik bestimmt und stärker durch eine Sicht nach „Innen“ als nach „Außen“ charakterisiert. Im übrigen war sie kaum das Ergebnis einer eingehenden vergleichenden Betrachtung; die „Besonderheit“ schien offensichtlich zu sein und fand theoretisch im Individualitätsaxiom des Historismus ihre Absicherung. In den Sonderwegsvorstellungen wurde vielfach — wenn auch inhaltlich variierend — ein nationales Identitätsbewußtsein manifest, das seine Widersprüchlichkeit und Schwäche in der forcierten Betonung der deutschen Einzigartigkeit und der Herausgehobenheit des deutschen Schicksals kompensierte.

3. Der Sonderwegsbegriff oszilliert zwischen prinzipieller und teilweiser Gegenüberstellung der deutschen und der westeuropäischen Entwicklung, zwischen der Vorstellung einer deutschen Rück- und einer deutschen Fortschrittlichkeit. Die Vorstellung einer deutschen Fort- oder Rückschrittlichkeit implizierte die Annahme einer prinzipiellen

Gleichgerichtetheit der europäischen politisch-sozialen Prozesse. Sie herrschte im liberalen vormärzlichen Denken, bei den unterschiedenen Republikanern der Weimarer Zeit und nach dem Zweiten Weltkrieg vor; in der Reichsgründungsperiode und im Kaiserreich, bei den Gegnern der Weimarer Republik und im Dritten Reich dominierte die Vorstellung, daß die deutsche Entwicklung eigenständig ablaufe (und ablaufen solle). Es ist nicht zu übersehen, daß die Vorstellung einer Autonomie der deutschen Entwicklung vorrangig von konservativen, liberalkonservativen oder reaktionären Positionen aus, die einer prinzipiellen Gleichgerichtetheit von linksliberalen, demokratischen oder sozialistischen Positionen her formuliert worden ist.

4. Die Vorstellung des Sonderwegs wurde auf verschiedene Positionen bezogen. Lange Zeit, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, war der Sonderwegsbegriff vornehmlich mit konservativen, regredierenden oder integrationistischen Absichten verbunden. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg hatte er seinen Bezugspunkt meist in der „Demokratie“ — wobei diese überwiegend mit der Bundesrepublik Deutschland gleichgesetzt, seltener als Postulat aufgefaßt wurde. Entsprechend erschien der Sonderweg aus letztgenannter Sicht meist in negativem Licht und kulminierte in der NS-Zeit.

5. Bildete sich das Sonderwegsbewußtsein in der Reichsgründungsphase aus, so war die Beurteilung des Kaiserreichs von dieser Zeit an ein zentraler Aspekt der Sonderwegsvorstellung — er ist dies im Grunde bis heute. Der zweite Punkt, auf den die Kontinuitätskonstruktion eines „Sonderwegs“ ausgerichtet worden ist, ist seit der NS-Machtergreifung das Jahr 1933, im weiteren Sinne das Dritte Reich, und diese Perspektivik blieb auch nach dem Zusammenbruch dieses Reiches vorherrschend. Insbesondere in der Nachkriegszeit wurde von 1933 aus in die Geschichte zurückgefragt, auf das Kaiserreich, darüber hinaus aber auf die gesamte vorhergehende Geschichte bis ins Mittelalter hinein. Zweifellos besaß und besitzt die Sonderwegskategorie die Funktion, das Bild der deutschen Geschichte in spezifischer Weise zu organisieren,

indem über die Relevanz von Faktoren entschieden wird, Zusammenhänge hergestellt werden, Ereignisse und Ereignisreihen überbelichtet, andere ausgeblendet werden.

### Zur Kritik der Sonderwegskategorie

Es läßt sich gewiß nicht bestreiten, daß die neuere deutsche Geschichte in wesentlichen Zügen anders verlaufen ist als die englische, amerikanische oder französische: Die späte Nationalstaatsbildung, die besondere Rolle des Staates gegenüber der Gesellschaft oder der Sieg des Faschismus markieren die augenfälligsten Unterschiede. Und gegenüber allen Versuchen, den Nationalsozialismus aus dem Kontext der deutschen Geschichte herauszulesen und die Problematik der preußisch-deutschen Traditionen zu verharmlosen, ist die Sonderwegsthese in ihrer kritischen Funktion zu verteidigen.

Gleichwohl läßt die Entwicklung der Sonderwegsvorstellung bestimmte problematische Züge der Sonderwegsthese in ihrer verabsolutierten Form als einer Leitidee des Geschichtsbewußtseins deutlich werden.

1. Sie tendiert offensichtlich dazu, die deutsche Geschichte zu isolieren, das zwischenstaatliche Beziehungsgeflecht und den gesamteuropäischen Kommunikationszusammenhang sowie die transnationalen Prozesse zu vernachlässigen, die Frage nach den Gemeinsamkeiten der deutschen und der anderen Nationalgeschichten in Europa auszublenden und die Einzigartigkeit der Ereignisse der deutschen Geschichte zu überschätzen. „Ab einem bestimmten Punkt ist jede nationale Geschichte letztlich einzigartig.“<sup>48)</sup> Die deutsche politische und soziale Entwicklung ist etwa gegenüber der englischen nicht prinzipiell unvergleichlich. Die axiomatische Setzung einer besonderen Entwicklung birgt die Gefahr, auch Phänomene, die keineswegs „besondere“ sind, für solche zu halten.

2. Das Bild einer besonderen deutschen Entwicklung hat ihren Angelpunkt stets in bestimmten Epochen und Ereignissen, von denen aus die übrige Geschichte in den Blick

kommt. Die in sich vielschichtige und widersprüchliche Vergangenheit wird damit leicht auf eine Kontinuitätslinie verengt, die auf die — als konstitutiv betrachteten — Ereignisse bzw. Phänomene gleichsam teleologisch zuläuft. Die Gefahr rückwärtsgewandter Prophetie liegt damit — insbesondere wenn die Kontinuitätslinie bis in weit zurückliegende Zeiten gezogen wird — auf der Hand, ebenso die Tendenz, daß die relative Offenheit der vergangenen Gegenwarten zu deren jeweiliger Zukunft unzulässig eingeschränkt und die Tatsache außer acht gelassen wird, daß in der Geschichte „immer mehr oder weniger (geschieht), als in den Vorgegebenheiten enthalten ist“<sup>49)</sup>. Der Notwendigkeitscharakter der Entwicklung wird über-, die Chancen einer anderen Entwicklung unterschätzt.

Die Erklärung der historischen Bedingungen dafür, daß die Krise der 20er und 30er Jahre in Deutschland mit dem Sieg des Nationalsozialismus endete, bleibt eine eminent wichtige Aufgabe der deutschen Geschichtsschreibung. Dennoch erscheint heute die Einengung aller historischen Betrachtung auf diese Frage hin als Verkürzung der Geschichte<sup>50)</sup>.

3. Die Verschränkung von Vergangenheitsinterpretation, Gegenwartsorientierung und Zukunftserwartung bzw. -hoffnung, die prinzipiell nicht aufhebbar ist, ist in vielen Sonderwegsthesen insofern problematisch, als diese Verschränkung unreflektiert bleibt und teils die Beurteilung der Vergangenheit kurzschlüssig unter Gegenwartsabsichten erfolgt, teils die Gegenwart einseitig von einem bestimmten Bild der Vergangenheit her begriffen und gestaltet wird. Letzteres gilt für die mit den meisten Sonderwegsinterpretationen vor 1945 verknüpfte Erwartung einer Fortsetzung der besonderen deutschen Entwicklung in Gegenwart und Zukunft, bedingt auch für manche Interpretationen seitdem, die in der Negation den älteren Interpretationen verbunden sind. Generell besteht die Gefahr, daß die gegenwärtige Zukunft gleichsam mit der

<sup>48)</sup> Blackbourn u. Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung*, a. a. O., S. 77.

<sup>49)</sup> Reinhard Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt 1979, S. 277.

<sup>50)</sup> Vgl. Richard Löwenthal, *Geschichtszerrissenheit und Geschichtsbewußtsein in Deutschland*, in: ders., *Gesellschaftswandel und Kulturkrise*, Hamburg 1979, S. 240f.

realen oder irrealen — als Alternative gedachten — vergangenen verwechselt wird. Die Vieldeutigkeit der deutschen Vergangenheit läßt Wegweisung durch die Geschichte in Deutschland als besonders schwierig erscheinen. Gegenwartsorientierung vermag nur ein geschichtliches Bewußtsein zu leisten, das der Komplexität der Vergangenheit als eines vielschichtigen Prozesses gerecht wird, in dem immer neue Kontinuitäten entstehen und in dem Zukunft mehr als ein Weiterlaufen der Vergangenheit ist. Dies bedeutet keineswegs, auf Parteilichkeit und auf eine kritische Interpretation der neuesten deutschen Geschichte zu verzichten.

4. Der „deutsche Sonderweg“ als Interpretationsschema der deutschen Geschichte ist heute auch insofern anfechtbar, als ein „Normalweg“, d. h. eine Stufenfolge, die jedes Volk durchlaufen muß, nicht mehr auszumachen ist. Es gibt keinen Normalweg, deshalb eigentlich

auch keine Sonderfälle, oder besser: alle Fälle sind Sonderfälle. Es stellt sich mithin heute mehr denn je die Frage nach der Norm, an der die deutsche geschichtliche Entwicklung gemessen werden kann. Man wird sie schwerlich in einer anderen Nationalgeschichte finden.

5. Unbestreitbar ist die Kategorie des „Sonderwegs“ nationaletatistischem Denken verhaftet. Gewiß sind Nation und Staat für die Interpretation der Vergangenheit, zumal des Zeitalters des Nationalstaats, aber auch noch für die Gegenwart wichtige Kategorien, beweisen doch die Nationalstaaten immer noch eine beachtliche Kraft. Dennoch läßt sich fragen, ob Geschichtsschreibung und geschichtliches Bewußtsein wirklich, wie bislang, weitgehend um diese Größen kreisen kann und soll oder ob die Beschäftigung mit Geschichte nicht zugleich auch auf andere soziale Identitäten — oberhalb, unterhalb und jenseits von Staat und Nation — bezogen sein kann und soll.

## Die SED und der „Sozialdemokratismus“

Ganz entgegen dem eigenen „Kontinuität und „wissenschaftliche Einsicht in die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft“ verheißenden, Selbstverständnis der SED ist ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie außerordentlich vielgestaltig und durch zahlreiche Kurswechsel sowie tiefgreifende Brüche gekennzeichnet<sup>1)</sup>. Die beiden folgenden Zitate mögen beispielhaft verdeutlichen, zu welcher unterschiedlichen Bewertungen der Sozialdemokratie die SED im Verlauf der 35 Jahre ihres Bestehens gelangte.

Aus den Jahren der Transformation der SED in eine „Partei neuen Typus“, einer Phase schärfster innerer Repression, stammt die folgende drastische Einschätzung: „Was der Agent Lorenz und nach ihm andere Agenten enthüllten, was wachsamen Funktionäre und was unsere Volkspolizei aufdeckte, zeichnet ein erschütterndes Bild der Verkommenheit der rechtssozialistischen Führerclique. Herr Reuter, der die Berliner S-Bahn demolieren

und Sprengkapseln legen läßt, der geifert: ‚Berlin ist einen neuen Krieg wert, befließt sich immer wieder, zu bestätigen, daß die SPD Führerschaft eine Bande ist, die im Interesse der Imperialisten solche Verbrechen begeht und noch zu begehen bereit ist, vor denen die Gangster Chikagos als Stümper erscheinen. Der Weg des Rechtsopportunisten, des Reformismus-Revisionismus, mit einem Wort des Sozialdemokratismus, führte zum kriminellen Verbrechen im Dienste des Imperialismus.“<sup>2)</sup>

Nur wenige Jahre später, im Anschluß an den XX. Parteitag der KPdSU 1956, heißt es dagegen ebenfalls im Parteiorgan „Einheit“: „Der Münchner Parteitag hat deutlich gemacht, daß es in den Fragen des Friedens, der Entspannung und Abrüstung, in der Verteidigung der politischen und wirtschaftlichen Interessen zu einer Übereinstimmung oder einer weitgehenden Annäherung der Positionen der SPD, der SED und der KPD gekommen ist.“<sup>3)</sup>

### Charakteristische Merkmale der Kritik an der Sozialdemokratie

Beide Kommentare beziehen sich auf die Politik der SPD-Führung, der bis in die 70er Jahre stellvertretend für die sozialdemokratische Bewegung überwiegend das Interesse der SED gilt. Mit ihnen werden gleichsam die Pole sichtbar, zwischen denen sich die Auseinandersetzung der SED mit der Sozialdemokratie seit 1946 bewegt: Auf der einen Seite unübersehbare Anklänge an das Sozialfaschismus-Syndrom der späten 20er und frühen 30er Jahre, das erneut im Zuge des 17. Juni 1953, des Mauerbaus und der ČSSR-Intervention an Bedeutung gewinnt. Auf der anderen Seite eine positive Würdigung sozialdemokratischer Politik, wie sie ähnlich auch für die unmittelbare Nachkriegszeit und die Monate des Redneraustausches 1966 charakteristisch ist.

In ihrer 35jährigen Geschichte hat die SED-Führung im wesentlichen drei weitere Argumentationsmuster entwickelt, die zwischen den beiden genannten Polen zu lokalisieren sind. Sie unterscheiden sich vor allem in der Zuordnung der sozialdemokratischen Führung zum Imperialismus. Dem Sozialfaschismus-Vorwurf am nächsten kommt die Vorstellung, daß die sozialdemokratische Parteiführung vollständig in das imperialistische System „integriert“ sei, „die Positionen des Imperialismus“ vertrete und sich zu seinem „Erfüllungsgehilfen“ entwickelt habe — Thesen, wie

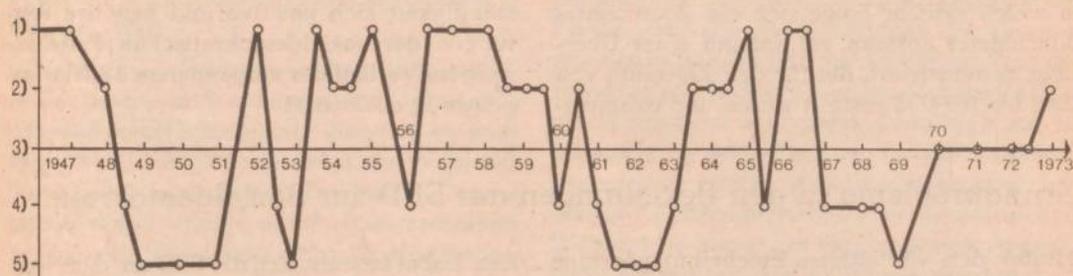
<sup>1)</sup> Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriss, Frankfurt/Main 1978, S. 7.

<sup>2)</sup> Hans Teubner, Wachsamkeit und politische Weitsicht. Die Gefahren des Trotzkismus und Sozialdemokratismus und die Zerschlagung ihrer Agenturen, in: Einheit, Heft 7, 1949, S. 592.

<sup>3)</sup> Paul Verner, Die Sozialdemokratie und wir. Zum Parteitag der SPD in München, in: Einheit, Heft 9, 1956, S. 823.

— = Charakterisierung der sozialdemokratischen Führung

- (1) Positive Würdigung der sozialdemokratischen Verantwortung für die gemeinsame Sache
- (2) Differenzierte Betrachtung der Führung, d.h. „Klassenlinien“ innerhalb der Führung oder Lokalisierung der Führung zwischen Arbeiter- und Monopolinteressen
- (3) Proimperialistische Führung vertritt die Interessen von Teilen des Monopolkapitals
- (4) Proimperialistische Führung vertritt die Interessen des Imperialismus insgesamt
- (5) Dramatisierende Zuspitzung: Faschistoide Komponente sozialdemokratischer Politik



Diese Übersicht wurde nach den Eindrücken erstellt, die sich aus der systematischen Auswertung vor allem des theoretischen Organs der SED, „Einheit“, ergaben und spiegelt im wesentlichen die jeweils dominierende Parteilinie wider. Sie dient angesichts der unerläßlichen Vereinfachungen allerdings nur als erster Fingerzeig zur Veranschaulichung des enorm schnellen Verschleißes der Argumentationsfiguren in der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie.

sie mit Eintritt der SPD in die Regierung der Großen Koalition, verschiedentlich aber auch in den Jahren davor Anwendung finden<sup>4)</sup>. In einer weiteren Version, wie sie vor allem seit Bildung der sozialliberalen Koalition anzutreffen ist, wird der SPD nachgesagt, sie vertrete zwar im ganzen die Interessen des Imperialismus, stütze sich dabei jedoch auf den „realistischen“, entspannungsfreundlichen Teil der Monopolbourgeoisie, dessen Positionen sie repräsentiere<sup>5)</sup>.

Der wohlwollenden Zustimmung zur sozialdemokratischen Politik am nächsten kommt eine Betrachtungsweise, bei der in der Führung selbst unterschiedliche Gruppierungen oder Fraktionen wahrgenommen werden. Danach verlaufe die „Klassenlinie“, die die kapitalistische Gesellschaft spalte, unmittelbar durch die Parteiführung, so daß sich dort neben dem traditionell-reformistischen ein proimperiali-

stischer Flügel herausbilde<sup>6)</sup>: 1954 wird auf diese Weise eine „amerikanische Fraktion“ um Carlo Schmid und Willy Brandt<sup>7)</sup>, 1959 eine „Kapitulantengruppe“ um Brandt, Mommer und später auch Herbert Wehner konstatiert<sup>8)</sup>.

Die unterschiedlichen Wertungen der offiziellen sozialdemokratischen Politik und ihrer Akteure haben erhebliche Konsequenzen auch für die Diskussion kommunistischer Parteienstrategie in den kapitalistischen Ländern, namentlich der Einheitsfront und der Aktions-einheit mit den Sozialdemokraten. Hier reichen die Konzeptionen von einer „Einheitsfront von unten“, sei es zur „Entlarvung“ der sozialdemokratischen Führer<sup>9)</sup>, sei es im Interesse gemeinsamer Kampfziele<sup>10)</sup>, über eine

<sup>4)</sup> Vgl. z. B. Hans Schaul, Georg Neuckranz, Zum zweiten Entwurf eines Grundsatzprogramms des SPD-Vorstands, in: Einheit, Heft 11, 1959, S. 1540.

<sup>7)</sup> So bei Otto Winzer, Der Kampf um die Neuorientierung der SPD und die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse, in: Einheit, Heft 6, 1954, S. 589.

<sup>8)</sup> So bei Schaul, Neuckranz, a. a. O. (Anm. 6), S. 1540.

<sup>9)</sup> Vgl. z. B. Resolution des Informationsbüros: Die Einheit der Arbeiterklasse und die Aufgaben der kommunistischen und Arbeiterparteien, in: Einheit, Heft 1, 1950, Sonderbeilage, S. 14.

<sup>10)</sup> Vgl. z. B. Walter Ulbricht, Das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus, in: Einheit, Heft 10, 1951, S. 615.

<sup>1)</sup> Vgl. exemplarisch Autorenkollektiv des Deutschen Wirtschaftsinstituts Berlin, Die Regierung Kiesinger/Strauß, die Sozialdemokratie und die Krise im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem, in: Einheit, Heft 3, 1967, S. 370, sowie Karl-Heinz Schwank, Erwin Swillus, Zur Rolle der rechten SPD-Führer im gegenwärtigen System des deutschen Imperialismus, in: Einheit, Heft 6, 1961, S. 890.

<sup>2)</sup> Vgl. z. B. Bericht des Politbüros an die 14. Tagung des ZK der SED, in: Neues Deutschland, 10. 12. 1970, S. 7.

Einheit „auf allen Ebenen“<sup>11)</sup>, bis hin zu dem Angebot eines gemeinsamen Vorgehens der Parteiführungen, wie es sich in zahlreichen Briefen der SED an den Parteivorstand der SPD niederschlägt<sup>12)</sup>.

In welcher rascher Folge sich die Argumentationsmuster ablösen, sei anhand einer Übersicht demonstriert, die für den Zeitraum von 1946 bis 1974/75 erstellt wurde und exemplarisch die Charakterisierung der SPD-Führung durch die SED erfaßt<sup>13)</sup>.

Die Übersicht verdeutlicht ein weiteres Mal die Vielfalt und den zum Teil abrupten Wechsel der Argumentationsmuster. Zugleich macht sie aber auch sichtbar, mit welcher Beständigkeit sich positive und negative Wertungen der sozialdemokratischen Parteiführung im Verlauf der vergangenen 35 Jahre gegenseitig ablösen<sup>14)</sup>.

Die Übersicht verdeutlicht ein weiteres Mal die Vielfalt und den zum Teil abrupten Wechsel der Argumentationsmuster. Zugleich macht sie aber auch sichtbar, mit welcher Beständigkeit sich positive und negative Wertungen der sozialdemokratischen Parteiführung im Verlauf der vergangenen 35 Jahre gegenseitig ablösen<sup>14)</sup>.

## Grundprobleme in den Beziehungen der SED zur Sozialdemokratie

Hinter den vielfältigen Erscheinungsformen und dem diskontinuierlichen Verlauf der Kritik an der Sozialdemokratie verbergen sich allerdings Regelmäßigkeiten, auf die im folgenden näher eingegangen werden soll. Zuvor gilt es auf einige Grundprobleme aufmerksam zu machen, die das Verhältnis der SED zur Sozialdemokratie maßgeblich prägen.

Anders als die bürgerlichen liberalen und konservativen Parteien des Westens tritt die Sozialdemokratie — und insbesondere die SPD — der SED gleichsam in zweierlei Gestalt gegenüber: Zum einen als politischer Akteur des kapitalistischen Gegensystems und zum anderen in der Gestalt einer Partei, die sich nicht nur wie die SED und die kommunistische Weltbewegung vor allem auf die Arbeiterklasse stützt, sondern darüber hinaus mit ihr durch eine gemeinsame Traditionslinie verbunden ist. Diese gemeinsame Tradition und die Verwurzelung in der Arbeiterklasse erschweren es, die Sozialdemokratie und ihre programmatische Zielsetzung eines freiheitlichen Sozialismus *brucellos* mit dem kapitalistischen Gegensystem gleichzusetzen, prädestinieren sie vielmehr als Adressaten von Bündniserwartungen. Zugleich konstituieren sie jedoch zur Begründung der eigenen autoritären Herrschaftsstrukturen die Notwendigkeit einer ideologischen Abgrenzung von eben diesen sozialdemokratischen Sozialismus-Konzeptionen. Dabei bemüht sich die SED um den Nachweis, daß die Sozialdemokratie keinesfalls geeignet sei, den Interessen der Arbeiterklasse in der gleichen Weise Geltung zu verschaffen, wie es die marxistisch-leninistischen Parteien zu tun vermögen, deren Weg zum Sozialismus daher als einzig möglicher Weg erscheint und als solcher ausgegeben wird.

Ähnlich ambivalent ist, wie zahlreiche Beispiele aus der Geschichte der beiden deutschen Staaten belegen, das Verhältnis der SED zur Sozialdemokratie in ihrer Rolle als politischer Akteur des Gegensystems. In den langen Jahren der Opposition diente die SPD, sei es zur Verhinderung der bundesdeutschen Wiederbewaffnung, sei es im Interesse einer Anerkennung der DDR, häufig als Adressat von Bündniserwartungen, mit denen der Kern einer breiten gesellschaftlichen Opposition gegen den Kurs der CDU-geführten Bundesregierung geschaffen werden sollte. Anders in

Ähnlich ambivalent ist, wie zahlreiche Beispiele aus der Geschichte der beiden deutschen Staaten belegen, das Verhältnis der SED zur Sozialdemokratie in ihrer Rolle als politischer Akteur des Gegensystems. In den langen Jahren der Opposition diente die SPD, sei es zur Verhinderung der bundesdeutschen Wiederbewaffnung, sei es im Interesse einer Anerkennung der DDR, häufig als Adressat von Bündniserwartungen, mit denen der Kern einer breiten gesellschaftlichen Opposition gegen den Kurs der CDU-geführten Bundesregierung geschaffen werden sollte. Anders in

<sup>11)</sup> Vgl. z. B. Referat des 1. Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, auf der 13. Tagung des ZK der SED (vom 16. 9. 1966), in: Dokumentation der Zeit, Heft 367, Oktober 1966, S. 3.

<sup>12)</sup> Als ein Beispiel von vielen: Für die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse. Brief des ZK der SED an den Parteivorstand der SPD, in: Dokumentation der Zeit, Heft 27, März 1952, S. 1252.

<sup>13)</sup> Auf die Charakterisierung der Anhänger und Mitglieder der sozialdemokratischen Parteien soll hier nicht eingegangen werden. Auch sie erfolgte recht unterschiedlich, wobei jedoch — anders als bei der Parteiführung und anders auch als in der Endphase der Weimarer Republik — regelmäßig von deren antikapitalistischen Interessen ausgegangen wird; vgl. hierzu Hans-Joachim Spanger, SED und Sozialdemokratismus. Die Abgrenzungspolitik der SED am Beispiel ihrer Sozialdemokratie-Rezeption, Phil. Diss. Frankfurt/M. 1980. Die Arbeit erscheint Ende des Jahres als Buch in Köln.

<sup>14)</sup> Auf die „bestürzende Beständigkeit“ verweist vor allem Peter Lübke, der mit seiner „Streitschrift“ 1978 die erste umfassende Darstellung kommunistischer Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie auch nach dem Zweiten Weltkrieg vorgelegt hat; vgl. P. Lübke, Kommunismus und Sozialdemokratie, Berlin/Bonn 1978, S. 7.

der Regierungsverantwortung. Dort, auf staatlicher Ebene, sah die SED in der SPD erst einen Gegner, wie in den Jahren der Großen Koalition, und nahm sie erst anschließend, geraume Zeit nach Bildung der sozialliberalen Koalition als Partner wahr, mit dem sie gemeinsam die Entspannungspolitik zu realisieren vermochte.

In diesem komplizierten Geflecht konkurrierender innen- und außenpolitischer, staatlicher und gesellschaftlicher Ebenen entwickelte die SED in den vergangenen 35 Jahren ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie. Daraus ergaben sich Probleme, die sich beispielhaft an der Aktionseinheit und deren Implikationen demonstrieren lassen. Sie mag aus außenpolitischen Gründen vorteilhaft sein, bedingt je-

doch ideologische Konzessionen an den Bündnispartner, die wiederum innenpolitisch ganz und gar unvertretbar erscheinen. Aus diesem Grund muß die SED verhindern, daß solche Konzessionen, wie sie sich z. B. in der programmatischen Zielsetzung einer „antimonopolistischen Demokratie“ mit garantierten Freiheitsrechten niederschlagen, im eigenen sozialistischen System als Anreiz für Reformenerwartungen wirksam werden — eine Gefahr, die theoretisch und propagandistisch um so schwerer zu bewältigen ist, als einer solchen Demokratie bereits wesentliche proto-sozialistische Züge beigegeben werden und sie keineswegs im Sinne der ideologischen Abgrenzung als reformistischer Irrweg abgetan werden kann.

## Bestimmungsfaktoren

Die Vielzahl der Handlungsebenen, auf denen die Sozialdemokratie der SED in unterschiedlicher Gestalt gegenübertritt, begründet auch, warum sich die SED in der Gestaltung ihres Verhältnisses zur SPD nur begrenzt von der Entwicklung des Systemkonfliktes zwischen Ost und West leiten ließ. Auf dem Hintergrund der wechselhaften inneren Entwicklung und variierender außenpolitischer Problemstellungen der DDR, der Veränderungen in der internationalen Lage, von Ereignissen innerhalb des sozialistischen Lagers und schließlich der Entwicklung der Sozialdemokratie selbst ist das Verhältnis der SED zu ihr vielmehr Brüchen unterworfen, die auf weitere Determinanten verweisen, denen ein unterschiedliches Gewicht beizumessen ist.

Von besonderer Bedeutung sind dabei die innenpolitischen Probleme der DDR, die sich am nachhaltigsten in der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie niederschlagen und diese weit mehr als andere Einflußfaktoren bestimmen. Dies geschieht in der Weise, daß Krisen des Herrschaftssystems der DDR und im besonderen auch Krisen der führenden Partei SED regelmäßig und notwendig zu einer scharfen ideologischen Abgrenzung von der Sozialdemokratie führen, während der Umgang mit ihr in den Phasen innerer Stabilität merklich moderater ausfällt.

Vor diesem Hintergrund hat die Abgrenzung von der Sozialdemokratie seit Gründung der SED eine spezifische Aufgabe zu erfüllen: Mit ihr wurden nicht nur die marxistisch-leninistisch begründeten Herrschaftsstrukturen in der DDR etabliert und die SED im stalinistischen Sinne „bolschewisiert“, mit ihr werden sie auch bis heute gegen alle Anfechtungen verteidigt. Dabei bedient sich die SED-Führung zur Denunziation möglicher Abweichungen vom verbindlichen marxistisch-leninistischen Herrschaftsverständnis neben der prinzipiellen, bis zum Sozialfaschismus-Vorwurf reichenden Verurteilung der Sozialdemokratie mit Vorliebe zweier, im Verlauf der Transformation der SED zu einer „Partei neuen Typus“ Ende der 40er Jahre geprägten Kampfinstrumente: des Begriffes „Sozialdemokratismus“ und des Verweises auf die einschlägigen Daten des sozialdemokratischen „Klassenverrates“. So geschah es 1953, als sie nach den Ereignissen des 17. Juni zuerst die Arbeiterschaft disziplinierte und anschließend die Partei säuberte, so geschah es 1968 im Zuge der Krise in der ČSSR, die sich auf die DDR auszuweiten drohte, und so geschah es auch 1970/71, als es zu Beginn der Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten galt, die mit ihr einhergehenden innenpolitischen Reformenerwartungen zu neutralisieren.

Während der Gebrauch des Begriffes „Sozialdemokratismus“ recht vielgestaltig ist<sup>15)</sup>, wird der sozialdemokratische „Klassenverrat“ regelmäßig mit der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914, ihrem Verhalten in der November-Revolution 1918/19, ihrer widerstandslosen Hinnahme des Faschismus, in besonders zugespitzten Fällen auch ihrer Zustimmung zu Hitlers Außenpolitik im Reichstag 1933 und schließlich mit Schumachers Absage an die Aktionseinheit 1945/46 begründet. Die historischen Exkurse sollen augenscheinlich demonstrieren, wohin es führt, wenn eine Arbeiterpartei vom wohlverstandenen Pfad des Marxismus (-Leninismus) abweicht, und dienen damit zugleich auch zur Verteidigung der konstitutiven Merkmale des marxistisch-leninistischen Herrschaftsverständnisses gegen reformorientierte Anfechtungen, wie sie im Laufe ihrer Geschichte mehrfach auch innerhalb der SED virulent wurden. Diese konstitutiven Merkmale sind: die Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der demokratische Zentralismus, das Volkseigentum an den Produktionsmitteln, die Einheit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung.

Sind historische Exkurse eine typische Begleiterscheinung innerer Krisen, so beschränkt sich die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie in innenpolitisch stabilen Phasen, wie beispielsweise Mitte der 60er und 70er Jahre, überwiegend auf eine kritische Diskussion ihrer aktuellen Rolle im kapitalistischen Gegensystem. Dabei wird ihr zumeist nur eine inkonsequente Haltung angelastet, mit der sie zwar partielle Verbesserungen für die Lage der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern erreiche und daher als Bündnispartner in Frage komme, den eigentlichen Zielen der Arbeiterbewegung jedoch nicht gerecht werden könne.

Weniger gewichtig sind die außenpolitischen Interessen der SED. Sie bewirken grundsätzlich, daß die SPD als politischer Akteur des Gegensystems und nicht als Risiko für die eigene Herrschaftslegitimation wahrgenommen wird. Ihnen kommt insofern nur eine nachge-

ordnete Bedeutung zu, als — wie besonders in den 50er Jahren sichtbar wird — die in innenpolitischen Krisen virulenten Imperative der Systemräson auch dann auf eine prinzipielle Abgrenzung und scharfe Verurteilung der Sozialdemokratie drängen, wenn diese aus außenpolitischen Kooperationsinteressen nicht angezeigt scheint.

Nur zweimal ist die SED im Verlauf ihrer Geschichte von diesem Prinzip abgewichen, wobei sie eine systematische Trennung der Argumentationsebenen vornahm. 1970/71, als sie die entspannungspolitische Kooperation auf staatlicher Ebene mit heftigen Angriffen gegen den „Sozialdemokratismus“ verknüpfte. Und nach dem 17. Juni 1953, als sie nach innen im Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ der Krise Herr zu werden versuchte, die SPD unter dem Stichwort „sozialdemokratisch-faschistische Provokationen“ gar unmittelbar verantwortlich zu machen suchte<sup>16)</sup>, nach außen dagegen eben diese Partei an ihre „große Verantwortung“ erinnerte und ihr eine Koalitionsregierung mit der KPD antrug<sup>17)</sup>.

Schwächten die außenpolitischen Kooperationsinteressen, wie sie in Angeboten zum gemeinsamen Handeln anlässlich des Kampfes gegen die bundesdeutsche Wiederbewaffnung und zu Beginn der 60er Jahre in der gemeinsamen Politik der „kleinen Schritte“ wirksam wurden, die ideologische Abgrenzung, führte umgekehrt die außenpolitische Frontstellung zwischen SED und SPD, die besonders zu Beginn der Großen Koalition sichtbar wurde, zu deren Verschärfung. Dies geschah jedoch in einer von der innenpolitisch gewendeten Kritik deutlich abweichenden Form. So wurde weniger eine Abgrenzung von den spezifisch sozialdemokratischen Traditionen, ihrem „Klassenverrat“ und ihrer Ideologie vollzogen, sondern statt dessen darauf abgehoben, daß die SPD ohne realen Einfluß auf die Politik der Bundesregierung sei und zudem nichts mehr mit der traditionellen Sozialdemokratie gemein habe.

Die Ereignisse innerhalb des sozialistischen Lagers treten, wie auch das konkrete politi-

<sup>15)</sup> Eine ausführliche Darstellung folgt zur Veranschaulichung des instrumentellen Gebrauchs der Sozialdemokratie-Kritik durch die SED im Anschluß an die Erörterung der Determinanten.

<sup>16)</sup> Otto Winzer, Über den Sozialdemokratismus und wie man ihn bekämpfen soll, in: Einheit, Heft 9, 1953, S. 1082.

<sup>17)</sup> Paul Verner, Zu den Bundestagswahlen in Westdeutschland, in: Einheit, Heft 8, 1953, S. 1008.

sche Verhalten und die Programmatik der Sozialdemokratie, in ihrer Bedeutung für das Verhältnis zwischen der SED und der Sozialdemokratie deutlich weiter zurück. Sie stellen übereinstimmend nur ein Element des Hintergrundes dar, auf dem sich in komplexer Weise und vielfach konkurrierend die konkreten innen- und außenpolitischen Interessen der SED herauskristallisieren, die dann deren Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie bestimmen.

Sieht man von den frühen 50er Jahren ab, als sich die DDR — ohne eigene Souveränitätsrechte — weitgehend der sowjetischen West- und Deutschland-Politik unterordnete, so ist ein unmittelbarer Einfluß allein dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 zuzuschreiben. Er veranlaßte auch die SED zu einem kurzfristigen Kurswechsel und ließ sie ohne erkennbaren Widerspruch dem von der KPdSU proklamierten Programm einer Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie folgen.

Wie abrupt diese Umorientierung erfolgte, läßt sich anschaulich an zwei Beiträgen demonstrieren, die der damalige KPD-Vorsitzende Max Reimann Anfang 1956 im theoretischen Organ der SED „Einheit“ publizierte. Noch im Februar charakterisierte er die SPD-Führung mit der Bemerkung, sie sei „offen“ auf die Seite der Imperialisten übergegangen und wolle beweisen, daß sie „die bessere Regierungspartei im Sinne der Bourgeoisie“ sei<sup>18)</sup>. Nur zwei Monate später hingegen heißt es bei ihm, daß „alles Trennende beiseite zu schieben“ und das „Gemeinsame ... ganz entschieden in den Vordergrund“ zu stellen sei; er verwahrt sich dagegen, daß es sich bei der Aktionseinheit, „wie manche Kommunisten noch meinen ... , um eine Bekehrung, um eine Eroberung der Sozialdemokraten handelt“, und er fordert, künftig „nicht mehr, wie das bisher der Fall war, so lange Sündenregister über die Vergangenheit“ aufzustellen<sup>19)</sup>.

Demgegenüber sind die Auswirkungen von Erschütterungen innerhalb des sozialistischen Lagers, wie sie beispielsweise 1956 Ungarn,

1968 die CSSR und mehrfach Polen erfaßten, auf die Auseinandersetzung der SED mit der Sozialdemokratie nur indirekt greifbar. Sie gewinnen offenbar nur insoweit an Bedeutung, als sie grundsätzlich Konsequenzen auch für die Stabilität des Herrschaftssystems in der DDR beinhalten können.

In welchem geringem Maße Veränderungen in Politik und Programmatik der Sozialdemokratie deren Bewertung durch die SED beeinflussen, machen nicht nur die Wechselbäder von Zustimmung und Ablehnung, Polemik und Bündnisangeboten im Verlauf der 50er Jahre deutlich, als die SED prinzipiell mit der SPD darin übereinstimmte, Wiederbewaffnung und Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. Auch die scharfe Abgrenzung vom „Sozialdemokratismus“ im Zuge der sozialliberalen Ostpolitik, die der SED zu Beginn der 70er Jahre immerhin die lange herbeigewünschte internationale Anerkennung der DDR verschaffte, verweist darauf, daß andere Einflußfaktoren — die jeweiligen innen- und außenpolitischen Interessen der SED — deren Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie nachhaltiger prägen als das Verhalten der SPD selbst.

Allein die berühmte außenpolitische Erklärung, mit der Herbert Wehner am 30. Juni 1960 vor dem Deutschen Bundestag die prinzipielle Zustimmung der SPD zu der nahezu ein Jahrzehnt bekämpften Außenpolitik der CDUgeführten Regierung proklamierte, löste bei der SED eine unmittelbare scharfe Reaktion aus. In ihr sah die SED einen neuerlichen „Verrat an der deutschen Nation von ungleich größerem Ausmaß und weit tragenderen Folgen“ als der „Verrat“ von 1914 und 1933 sowie ein „Angebot der aktiven Mithilfe bei der Schaffung der Voraussetzungen für den Krieg, für den Atomkrieg der deutschen und USA-Imperialisten und Militaristen“<sup>20)</sup>. Auf die für das Selbstverständnis der SPD weit gravierendere Verabschiedung des Godesberger Programms im Jahr zuvor hatte die SED dagegen weit verhaltener reagiert. Zwar attestierte sie der SPD damals, daß sie mit diesem „Kapitulationsprogramm“ einen verhängnisvollen Weg be-

<sup>18)</sup> Max Reimann, Das Einschwenken der rechten SPD-Führer auf die Militarisierungspolitik, in: Einheit, Heft 2, 1956, S. 161.

<sup>19)</sup> Max Reimann, Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen Reaktion und Militarismus, in: Einheit, Heft 4, 1956, S. 388—390.

<sup>20)</sup> So z. B. W. Krzyzanowski, G. Neuckranz, W. Strauß, Der Verrat der Wehner-Brandt-Gruppe und die Gemeinsamkeiten der deutschen Arbeiter, in: Einheit, Heft 8, 1960, S. 1224.

schreite, doch veränderte sich damit die grundsätzliche Einschätzung der SPD kaum<sup>21)</sup>.

Offenkundig fühlte sich die SED von der Neuorientierung der sozialdemokratischen Außen- und Deutschlandpolitik ungleich härter getroffen als von der vor allem für die bundesdeutsche Innenpolitik bedeutsamen Aufgabe der antikapitalistischen Perspektive im Godesberger Programm. Dies kann deshalb nicht verwundern, als sie mit dem deutschlandpolitischen Kurswechsel der SPD nicht nur endgültig den einzig verbliebenen Adressaten für

gemeinsame Anstrengungen im Kampf um die von ihr propagierte nationale Einheit verlor. Er stellte auch die Legitimation des ostdeutschen Wiedervereinigungspostulates in Frage, das sich auf den Anspruch stützte, die nationalen Interessen der gesamtdeutschen Arbeiterklasse vertreten zu wollen, was nunmehr — anders als in den Jahren zuvor — auf westdeutscher Seite keine Entsprechung mehr finden konnte. Auch hier zeigt sich mithin, daß es sehr eigennützige Interessen sind, die die SED zu einer derart scharfen Replik auf Herbert Wehners Erklärung im Bundestag veranlassen.

## Ein Beispiel: Die Kritik des „Sozialdemokratismus“

Der Vorwurf des „Sozialdemokratismus“ ist neben dem Verweis auf den sozialdemokratischen „Klassenverrat“ eines der wichtigsten Instrumente, mit denen die SED-Führung nach dem Zweiten Weltkrieg die Transformation der SED sowie die Disziplinierung der Parteimitglieder und der Bevölkerung in der DDR vorantrieb. Dabei unterlag der Begriff zahlreichen inhaltlichen Modifikationen, die auf dem Hintergrund wechselnder Erfordernisse exemplarisch den für die SED charakteristischen instrumentellen Gebrauch der Kritik an der Sozialdemokratie verdeutlichen. Zur Illustration auch der bisher entwickelten Thesen soll daher auf seine Handhabung in den vergangenen 35 Jahren näher eingegangen werden.

Der Begriff Sozialdemokratismus fand erstmals um die Jahreswende 1948/49 Eingang in den Wortschatz der SED-Führung. Wie geraume Zeit später im Parteiorgan „Einheit“ kritisch vermerkt wird, stützte sie sich dabei augenscheinlich auf den Stalinschen Sprachgebrauch aus den späten 20er Jahren: „Die Oktober-Revolution bedeutet . . . den Sieg des Marxismus über den Reformismus, den Sieg des Leninismus über den Sozialdemokratismus, den Sieg der III. Internationale über die II. Internationale“. Vergleicht man dies mit der richtigen These Stalins, daß der Leninismus der Marxismus der Epoche des Imperialismus und

der proletarischen Revolution ist, so muß man den Sozialdemokratismus für den Reformismus oder eben schlechthin den Opportunismus in der Epoche des Imperialismus halten.“<sup>22)</sup>

Mit dem Sozialdemokratismus identifizierte die Führung der SED nun, wenige Jahre nach ihrer Gründung, jenes mit der Vereinigung von SPD und KPD in die neue Partei eingeströmte Gedankengut, das den stalinistischen Vorstellungen von einer marxistisch-leninistischen Avantgarde der Arbeiterklasse entgegenstand und jetzt im Prozeß der Transformation der SED zu einer „Partei neuen Typus“ liquidiert wurde. Dabei sind bereits in dieser Phase unterschiedliche Schwerpunkte festzustellen.

Zu Beginn der Transformationsperiode zwischen der 1. Parteikonferenz Anfang 1949 und dem III. Parteitag Mitte 1950 wird der Begriff stärker personalisierend und in der Tradition vorhergehender Attacken in erster Linie auf die „Schumacher-Agenten“ innerhalb der SED bezogen<sup>23)</sup>. In systematischer Verbindung mit der SPD gelten als Sozialdemokratismus die „Agenturen“ des Imperialismus in der Arbeiterbewegung und in der SED<sup>24)</sup>. Offenkundig

<sup>21)</sup> SPD-Parteitag verabschiedet Kapitulationsprogramm, in: Dokumentation der Zeit, Heft 205, Januar 1960, S. 9.

<sup>22)</sup> Kurt Rödel, Gedanken und Fragen zu dem Begriff „Sozialdemokratismus“ in der marxistischen Terminologie, in: Einheit, Heft 11, 1956, S. 1131.

<sup>23)</sup> Vgl. z. B. Kurt Henschel, Hat „Unser Kurs“ den richtigen Kurs?, in: Einheit, Heft 12, 1948, S. 1135.

<sup>24)</sup> Vgl. z. B. Teubner, a. a. O., S. 605, sowie Alfred Drögemüller, Einheit der Arbeiterklasse — die brennendste Frage, in: Einheit, Heft 5, 1950, S. 423f.

richten sich die Angriffe in diesen Monaten vor allem gegen prominente Einheitsgegner sowie Gegner des neuen repressiven Kurses vornehmlich aus der alten Sozialdemokratie; auf diese Weise sollen potentielle Einflüsse aus dem Westen eliminiert werden.

Im Übergang zum III. Parteitag, der eine Säuberung der SED beschließt, wird der Sozialdemokratismus dagegen allein noch als ein originäres Phänomen der SED betrachtet, konsequent auch gegen ehemalige Kommunisten gewendet und von der Politik der westdeutschen SPD abgelöst. Nunmehr ist, da mit Gründung der SED dem „Sozialdemokratismus als dem Opportunismus und Reformismus die organisatorische Grundlage genommen“ wurde, nicht mehr von „Agenturen“, sondern allein noch von seinen „Überresten“ in der SED die Rede<sup>25</sup>). Sozialdemokratismus ist jetzt „Ausdruck der bürgerlichen Ideologie, die unter Mißbrauch alter sozialdemokratischer Ideen die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins hemmt“ und sich gleichermaßen gegen alle antistalinistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung von der Sozialdemokratie über Rechtsabweichungen und „Luxemburgismus“ in der KPD bis hin zum Trotzkismus richtet<sup>26</sup>).

Nach Abschluß der mit Hilfe des Sozialdemokratismus-Vorwurfs durchgeführten Parteisäuberung, die bis Ende 1951 zum Ausschluß von 150 000 Mitgliedern führt, verliert der Begriff vorübergehend an Bedeutung. Die stalinistische Transformation des Herrschaftssystems war weitgehend abgeschlossen; zugleich bemühte sich die SED im Verlauf des Jahres 1952 gemeinsam mit der Sowjetunion auf dem Hintergrund des Notenwechsels zur Deutschlandfrage um eine Verständigung mit der SPD.

Erst nach der 2. Parteikonferenz, die gegen Ende 1952 den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR proklamiert, gewinnt der Begriff Sozialdemokratismus abermals, jedoch inhaltlich grundlegend neu gefaßt, an Bedeutung. Jetzt dient er nicht mehr zur Denunziation abwei-

chenden Gedankengutes innerhalb der SED, wie es bis zur Errichtung des stalinistischen Herrschaftssystems geboten schien, vielmehr wird er als Kampfinstrument zur Durchsetzung des forcierten Entwicklungstempos gehandhabt und daher, seiner historisch konkreten Bindung an die Sozialdemokratie und die SED entkleidet, als eine dem „Aufbau des Sozialismus“ hinderliche negative Grundhaltung vor allem im Partei- und Staatsapparat angesehen.

Danach werden vor allem „Passivität“, „Initiativlosigkeit und Gleichgültigkeit“ und eine „unkämpferische Haltung“ in Parteiorganisation, Gewerkschaft und Verwaltung mit dem Etikett des Sozialdemokratismus belegt, der — wie Rudolf Herrnstadt, seinerzeit Kandidat des Politbüros, namens der Parteiführung formuliert — keineswegs nur mehr in Gestalt von „Überresten“ innerhalb der SED fortexistiere, sondern ein „regelrechtes Erbübel der Deutschen“ sei, das sich in immer „neuen, den veränderten Verhältnissen angepaßten Formen“ zeige. Eine typische Form des Sozialdemokratismus veranschaulicht Herrnstadt mit dem folgenden Beispiel: „Wir haben, wohin wir blicken, Erscheinungen desselben Charakters. An Stellen, wo Eisenbahnwaggons nicht nötig sind, stauen sie sich, wo wir sie brauchen, fehlen sie. Eine Stelle sucht die Schuld bei der anderen, und alle gemeinsam resignieren.“<sup>27</sup>)

Es hat den Anschein, als beabsichtigte Herrnstadt gemeinsam mit der Mehrheit der damaligen Parteiführung den „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR mit einer Art neuen revolutionären Welle zu bewerkstelligen und dabei zugleich die verbürokratisierten Strukturen in der DDR mit revolutionärem Elan zu beleben, wenn nicht sogar neu zu fundieren — eine Position, die zwar der neuen, selbstgestellten Aufgabe der SED entsprechen mochte, zugleich aber eine unübersehbare Abkehr von bisherigen Grundauffassungen der Partei beinhaltete — dies um so mehr, als Herrnstadt auch konstatierte, daß sich heute niemand mehr auf die „angebliche Rückständigkeit unserer Werktätigen herausreden“ könne — ein für das Selbstverständnis der SED als marxi-

<sup>25</sup>) Otto Schön, Über Versöhnertum bei Entscheidungen der Kommissionen zur Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten, in: Einheit, Heft 7, 1951, S. 440.

<sup>26</sup>) 5 Jahre SED, in: Einheit, Heft 6, 1951, S. 356.

<sup>27</sup>) Rudolf Herrnstadt, Gegen alle Erscheinungen des Sozialdemokratismus, in: Einheit, Heft 12, 1952, S. 1333f., 1340f.

stisch-leninistischer Avantgarde zentrales Theorem<sup>28)</sup>.

Eine solche Auffassung mußte den Argwohn konservativer, am überlieferten stalinistischen Herrschaftsverständnis orientierter Kader wecken, und tatsächlich bleibt das neue Verständnis des Sozialdemokratismus nicht unwidersprochen. So wendet sich beispielsweise die Leiterin der Parteihochschule, Hanna Wolf, explizit gegen die These, der Sozialdemokratismus sei „ein Erbübel der Deutschen“, und beharrt darauf, daß er als „organische (besonders gefährliche) Begleiterscheinung des Imperialismus“ konkret in Gestalt der opportunistischen Parteien und ihrer Agenturen zu bekämpfen sei<sup>29)</sup>. Ähnlich bemüht sich auch Walter Ulbricht, Partei und Verwaltung von den Anfechtungen Herrnstadts zu entlasten. Dort auftretende Versäumnisse lastet er der „amerikanischen Agentur“ und imaginären Feinden an<sup>30)</sup>, während Sozialdemokratismus in seinen Augen an ganz anderer Stelle sichtbar wird: „Der Sozialdemokratismus findet in der SED nicht nur seinen Ausdruck im ungenügenden Kampf gegen die Ideologie der Sozialdemokratie, sondern auch in der Unterschätzung der Rolle unserer Staatsmacht, in dem Glauben an eine Spontaneität der Entwicklung, in der Mißachtung der ökonomischen Gesetze, die in der Deutschen Demokratischen Republik wirksam sind, in der Unterschätzung der führenden Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in dem Unverständnis in bezug auf das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und in der Unterschätzung des Studiums der Lehren von Lenin und Stalin.“<sup>31)</sup>

Bereits mit dieser Definition werden Herrnstadt und seine Auffassung implizit selbst des Sozialdemokratismus bezichtigt. Nach den Ereignissen des 17. Juni 1953, die eine weitere wichtige Zäsur markieren, fällt er diesem Verdikt dann tatsächlich zum Opfer und wird aus

der Parteiführung und wenig später auch aus der Partei ausgeschlossen.

Während Ulbricht und seine Auffassung vom Führungsanspruch der Partei über die innerparteilichen Gegner obsiegten, wird der Begriff Sozialdemokratismus im Interesse einer repressiven Stabilisierung der inneren Lage abermals neu gefaßt. Wiederum enger mit dem sozialdemokratischen Programmatik und der SPD verknüpft gilt als Sozialdemokratismus nunmehr die sozialdemokratische Ideologie, die von außen in die DDR hineingetragen werde und dort als wichtigstes Instrument der „faschistischen Provokation“ die Ereignisse des 17. Juni ausgelöst haben soll. Zugleich erscheint der Sozialdemokratismus aber auch als Relikt in „rückständigen“ Schichten der Arbeiterklasse, denn im Angesicht der breiten Streikbewegung auch in traditionellen Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung sah sich die SED-Führung offenkundig gezwungen, eine besondere Empfänglichkeit für diese Ideologie in der Arbeiterschaft der DDR zu konstruieren. Dabei werden nicht nur die „schwankenden und irregeleiteten früheren Sozialdemokraten“ angesprochen<sup>32)</sup>. Vielmehr erhalten sich nach Auffassung der SED im Übergang zum Sozialismus in der Arbeiterklasse „gewisse reaktionäre Züge“, die sich „die Agenten des Ostbüros der SPD zunutze“ machen konnten<sup>33)</sup>.

Das vorhergehende Verständnis von Sozialdemokratismus, wonach dieser als „regelrechtes Erbübel der Deutschen“ galt, wird jetzt offiziell verworfen, da es sich als „überaus schädlich“ erwiesen habe: „In der Tat, wenn der Sozialdemokratismus eine in der deutschen Geschichte besonders tief verwurzelte moralisch-politische Krankheit ist, wenn er nicht seine konkreten ökonomischen und politischen Ursachen im Imperialismus hat, dann kann man ihn auf allen Gebieten suchen, dann kann man alles und jedes als Sozialdemokratismus ausgeben.“<sup>34)</sup>

<sup>28)</sup> Ebd., S. 1335.

<sup>29)</sup> Hanna Wolf, Zu einigen Fragen der Parteierziehung, in: Einheit, Heft 3, 1953, S. 304.

<sup>30)</sup> Lehren des XIX. Parteitages für den Aufbau des Sozialismus in der DDR, in: Dokumentation der Zeit, Heft 38, Januar 1953, Sp. 1806.

<sup>31)</sup> Diskussion über Fragen des Sozialdemokratismus in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Einheit, Heft 12, 1952, S. 1330.

<sup>32)</sup> Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei (Entschließung der 15. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 24. bis 26. Juli 1953), in: Einheit, Heft 8, 1953, S. 949.

<sup>33)</sup> Otto Winzer, Über den Sozialdemokratismus und wie man ihn bekämpfen soll, in: Einheit, Heft 9, 1953, S. 1079.

<sup>34)</sup> Ebd., S. 1077.

Doch schon wenige Monate nach Konsolidierung der Macht ändern sich für die Parteiführung abermals die Prioritäten. Nun wird der Sozialdemokratismus-Vorwurf im Vorfeld des IV. Parteitages ein weiteres Mal als Instrument zur Säuberung der Partei auf allen Ebenen eingesetzt, gilt es erneut, seine „Überreste“ aus der SED zu tilgen. Ihnen wurde — so eine kritische Anmerkung — in den Monaten davor „zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet“, habe es doch Tendenzen gegeben, „die Auseinandersetzung mit den Theorien des Sozialdemokratismus als Selbstzweck aufzufassen“<sup>35)</sup>.

Allem Anschein nach wollte sich die SED jedoch diesmal nicht völlig von ihrem vorhergehenden Sprachgebrauch abwenden, denn es werden — mit Ausnahme von Herrstadts Verständnis — alle vorherigen Definitionen integriert, so daß der Sozialdemokratismus nunmehr in folgende Richtungen bekämpft werden sollte: „*Erstens*, gegen den offiziellen Sozialdemokratismus, d. h. gegen die verräterische Politik der rechten SPD- und Gewerkschaftsführer in Westdeutschland, als notwendiger Bestandteil für die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre sowie der Gewerkschafter für die Aktionseinheit. *Zweitens*, gegen die feindliche Wühlarbeit der rechten sozialdemokratischen Führer, die sie mit Hilfe ihres Ostbüros und seiner Agenten gegen die Deutsche Demokratische Republik und unsere Partei führen. *Drittens*, gegen die rückständigen Auffassungen bei Teilen der Werktätigen in unserer Republik, die durch die Hetze von außen ständig genährt und von neuem hineingetragen werden. *Viertens*, unsere Partei kann diesen Kampf nur erfolgreich führen, wenn sie alle Überreste des Sozialdemokratismus in ihren Reihen ausmerzt.“<sup>36)</sup>

Dieser umfassendste Definitionsversuch bildet zugleich den vorläufigen Abschluß in dem Versuch der SED, innere Probleme mit Hilfe des Sozialdemokratismus-Vorwurfs zu lösen. Nach dem IV. Parteitag Mitte 1954 verliert sich der Begriff allmählich im Sprachgebrauch der SED und wird erst Ende der 60er Jahre anläßlich der Liquidation des „Prager Frühlings“

erneut breit aufgegriffen. Auf dem Hintergrund dieser Ereignisse werden mit ihm, ähnlich wie kurz darauf zu Beginn des Entspannungsprozesses zwischen beiden deutschen Staaten, Reformwartungen bekämpft, wie sie augenscheinlich im Zuge der Prager Entwicklungen und später dann im Zuge des Abbaus der Konfrontation zwischen Ost und West auch in der DDR geweckt wurden.

In diesem Zusammenhang wird der Sozialdemokratismus ein weiteres und vorläufig letztes Mal neu definiert. Er gilt jetzt, sowohl 1968/69 als auch 1970/71, allein noch als „gesellschaftspolitisches Modell“ der Sozialdemokratie<sup>37)</sup>, das auf dem Wege der ideologischen Diversion die sozialistischen Länder aufweichen und deren „Sozialdemokratisierung“ herbeiführen soll<sup>38)</sup>. In einer damals viel beachteten programmatischen Erklärung macht Erich Honecker kurz vor der Ablösung Walter Ulbrichts deutlich, warum es gelte, den Sozialdemokratismus bedingungslos zu bekämpfen: „Er ist in seinem Wesen die Verneinung der Notwendigkeit einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse, einer Partei neuen Typus, unter deren Führung die Arbeiterklasse den Imperialismus überwindet, selbst die politische Macht ergreift und den Weg zum Sozialismus beschreitet. Der Sozialdemokratismus bezweckt das Gegenteil. Er bedeutet Entwaffnung der Arbeiterklasse, Spaltung ihrer Reihen, Auslieferung der Arbeiterklasse an die bürgerliche Ideologie. Er verfolgt das Ziel, die Arbeiterklasse in das imperialistische System zu integrieren, den Kapitalismus vor Erschütterungen zu bewahren und auf dem Feld der Außenpolitik die Machtausdehnung des Imperialismus zu betreiben.“<sup>39)</sup>

Hier wird in konzentrierter Form sichtbar, mit welcher Absicht die SED-Führung bei allen inhaltlichen Modifikationen den Begriff Sozialdemokratismus — sieht man einmal von der kurzen Episode zu Beginn des Jahres 1953 ab — regelmäßig in die innenpolitische Aus-

<sup>35)</sup> Harald Lange, Die Bonner Ostpolitik und die Funktion Willy Brandts, in: Einheit, Heft 3, 1969, S. 365.

<sup>36)</sup> Reinhard Klassen, Max Schmidt, Die Strauß-Konzeption und die SPD-Minister, in: Einheit, Heft 7, 1968, S. 898.

<sup>37)</sup> Erich Honecker, Bericht über den Umtausch der Parteidokumente, in: Neues Deutschland, 12. 12. 1970, S. 4.

<sup>35)</sup> Ernst Hoffmann, Der Sozialdemokratismus — eine Abart der imperialistischen Ideologie, in: Einheit, Heft 4, 1954, S. 356.

<sup>36)</sup> Ebd., S. 355.

einandersetzung der DDR einführte: Zur Abwehr vermeintlicher und tatsächlicher Angriffe auf die konstitutiven Merkmale des marxistisch-leninistischen Herrschaftsverständ-

nisses, zur Abwehr auch potentieller Reform-erwartungen und letztlich zur repressiven Stabilisierung der Herrschaft des Parteiapparates im Zeichen innerer Krisen.

## Unterschiedliche Bewertungen der Sozialdemokratie

Der Vorwurf des Sozialdemokratismus fand als Disziplinierungsinstrument vor allem auch innerhalb der SED Anwendung. Wurden dort abweichende Auffassungen oder Reform-erwartungen mit einem solchen Etikett belegt, so konnten sie — dergestalt diskreditiert — als Abweichungen vom wohlverstandenen Pfad des Marxismus-Leninismus ausgeschaltet werden. Sollten Reformforderungen an Gewicht gewinnen, mußten deren politische Träger daher bestrebt sein, solche Etikettierungen im innerparteilichen Diskussionsprozeß auszuschließen.

Tatsächlich hat es in der Geschichte der SED an derartigen Versuchen nicht gemangelt. Einige von ihnen wurden sogar öffentlich erörtert. So wendet sich beispielsweise im Anschluß an den XX. Parteitag der KPdSU, der auch in der DDR Hoffnungen auf eine grundlegende Reform des politischen Systems weckte, ein Beitrag im Parteiorgan „Einheit“ gegen den Begriff Sozialdemokratismus, weil dieser „die positiven Seiten der sozialdemokratischen Traditionen negiere“, und fordert, ihn nicht „stillschweigend, ohne Begründung“ fallenzulassen, sondern sich explizit von seinem Gebrauch zu distanzieren<sup>40)</sup>. Gleiches gilt für den „Revisionismus“ und „Opportunismus“. Auch diese Bezeichnungen sollten offenbar als „Methode der unmotivierten und einseitigen Etikettierungen“, mit denen „unverbesserliche Dogmatiker“ die mißliebigen Anschauungen Andersdenkender belegen“ würden, „ein für allemal“ aufgegeben werden — eine Forderung, der Prof. Dr. Alfred Kosing 1970 entgegenhält, daß beide Begriffe eine „reale Tatsache“ bezeichnen und daher unverzichtbar seien<sup>41)</sup>.

Sichtbar werden solche Differenzen auch in einer unterschiedlichen Bewertung der Sozialdemokratie selbst. Namentlich ihre Geschichte — Kontinuität des „Klassenverrats“ seit Bernstein oder Bruch und qualitativ neue Rolle der heutigen SPD<sup>42)</sup> —, aber auch ihre Einbindung in das imperialistische System, der antikapitalistische Gehalt ihrer Programmatik und Politik und Fragen der Aktionseinheit sind hier von Bedeutung und Anlaß für kontroverse Urteile, die sich durch zahlreiche Beispiele belegen lassen<sup>43)</sup>.

Es hat somit den Anschein, als sei die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie zugleich auch ein wichtiges Medium zur Diskussion kontroverser innenpolitischer Konzepte

<sup>42)</sup> Während im ersten Fall eine prinzipielle Abgrenzung auch vom Revisionismus erfolgt, gilt dieser wie auch der traditionelle sozialdemokratische „Reformismus“ bei der Gegenposition als Ansatzpunkt für ein gemeinsames Handeln; vgl. hierzu auch das aufschlußreiche Bekenntnis von Werner Pfoh, Zur antikomunistischen Entwicklung der SPD in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt Universität Berlin, Heft 6, 1971, S. 812, wo er sich mit eben diesen Argumenten gegen die prinzipielle Abgrenzung von der Sozialdemokratie nach dem Krieg wendet.

<sup>43)</sup> Unterschiedliche Aktionseinheitskonzepte finden sich z. B. nach der Absage des Redneraustausches 1966. Während Albert Norden eine Aktionseinheit „von unten“ fordert (Dokumente der Präsidiumstagung des Nationalrates der Nationalen Front vom 5. August 1966, in: Dokumentation der Zeit, Heft 365, September 1966, S. 8, 10), spricht sich zur gleichen Zeit Horst Sindermann für offizielle Verhandlungen der Parteiführungen aus (XXIV. Deutsche Arbeiterkonferenz, in: Dokumentation der Zeit, Heft 366, September 1966, S. 5, 9). Heftig umstritten ist regelmäßig auch die Mitbestimmungskonzeption des DGB, deren Bejahung durch zahlreiche Funktionäre von SED und FDGB auch Gegenstand offener Kritik ist (vgl. Herbert Häber, Mitbestimmung im Brennpunkt des Kampfes, in: Einheit, Heft 3, 1968, S. 406). Umgekehrt ein Beispiel für offene Kritik an der konservativen Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Imperialismus ist eine Rezension von Günter Söder, Eine neue Arbeit über die Staatsauffassungen rechter SPD-Führer, in: Einheit, Heft 12, 1964, S. 121—124.

<sup>40)</sup> Rödel, a. a. O., S. 1129.

<sup>41)</sup> Alfred Kosing, Wesen und Funktion des heutigen philosophischen Revisionismus, in: Einheit, Heft 3, 1970, S. 322.

innerhalb der SED, wobei sich offenbar eine repressiv-administrative, an der Stabilität der Institutionen orientierte und eine eher inte-

grative, auf eine schöpferische, reformfreundige Anwendung des Marxismus-Leninismus zielende Richtung gegenüberstehen<sup>44</sup>).

## Zur Funktion der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie

Die vorgestellten Differenzen unterstreichen — wie bereits die zum Teil abrupten Brüche im historischen Verlauf —, daß die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie und der Gebrauch des Begriffes Sozialdemokratismus entgegen den eigenen wissenschaftlichen Ansprüchen einer ausgesprochen instrumentalistischen Absicht folgen. Damit soll nicht gesagt werden, daß sie allein taktisch bedingt wären. Vielmehr ist die Kritik sozialdemokratischer Ideologie und Politik augenscheinlich ein grundlegendes Erfordernis der Herrschaftslegitimation in der DDR; sie dient der SED unmittelbar als Instrument zur Legitimation eigener innen- und außenpolitischer Absichten.

Insoweit auch ist sie überwiegend defensiv auf die Integrität der eigenen, vorgeblich sozialistischen Staatlichkeit bezogen und weniger auf die offensive programmatische Zielsetzung einer Befreiung der Arbeiterklasse in

den kapitalistischen Staaten. Dies gilt nicht nur für die defensive Form des Umgangs mit der Sozialdemokratie, bei der die SED auf ein breites Aktionsbündnis abzielt und auf diese Weise unter dem Stichwort „Sicherung des Friedens“ ihren außenpolitischen Zielen Geltung zu verschaffen sucht. Vor allem auch gilt es für die offensiven Varianten mit ihrer besonderen Akzentuierung des revolutionären Subjekts, der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen „Avantgarde“ sowie der gleichzeitigen scharfen Abgrenzung von anderen, reformistischen Wegen zum Sozialismus, denn sie gehen zumeist mit einer Zuspitzung innerer Probleme einher, der regelmäßig eine defensive Abschließung der DDR folgte.

---

<sup>44</sup>) Eine ausführliche Untersuchung dieser Differenzen, einschließlich ihres institutionellen Hintergrundes, findet sich — gestützt auf die Querschnittsanalyse einer großen Zahl von DDR-Zeitschriften — in Spanger, a. a. O. (Anm. 13).

## Die Acht-Stunden-Ideologie

*Die Aufzeichnungen von Manuela Wenau und Matthias Bothe sind einem demnächst erscheinenden Band der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung entnommen. Darin wird anlässlich des 20. Jahrestages des Baues der Mauer in Berlin hauptsächlich von Jugendlichen ihr Weg von Deutschland nach Deutschland beschrieben: Welche Erfahrungen machten sie in der DDR, welche in der Bundesrepublik?*

Die Frage, was einen in der DDR geborenen Menschen dazu veranlassen kann, Heimat, Verwandte, Freunde, Arbeit und den gewohnten Lebensrhythmus zu verlassen sowie ein Abenteuer mit nicht immer kalkulierbarem Ausgang zu wagen und sein Leben in einem unzulänglich bekannten, nie gesehenen Staat neu zu beginnen, läßt sich nicht allgemeingültig beantworten. Diese Frage zwingt jeden einzelnen Menschen zu seiner eigenen, oft unter Schmerzen gegebenen Antwort. Und dennoch gibt es sicher Übereinstimmungen in Wertungen und Beurteilungen, die in ähnlichen Verhaltens- und Reaktionsmechanismen begründet liegen. Das Verlassen eines Staates, in dem einem das Leben nicht mehr lebenswert erscheint, ist nur selten einer spontanen Idee zuzuschreiben. Viele haben um einen solchen Entschluß jahrelang mit sich selber gerungen und gekämpft, weil die Konsequenzen zu tiefgreifend sind, als daß man sich leichten Herzens über Nacht zum Wechsel entschließen könnte.

Dabei sind zwei Dinge wichtig: zum einen, wie ist es zu schaffen, hier herauszukommen, ohne daß der Kampf zur Selbstzerstörung führt; und zum anderen, was erwartet mich „drüben“? Rechtfertigt das nicht genau vorhersehbare Ergebnis den möglicherweise sehr hohen Einsatz und das Risiko? Die positive oder negative Beantwortung dieser Fragen hängt hauptsächlich von den Motiven ab, die zu einem solchen Wechsel veranlassen. Diejenigen, die in der Übersiedlung eine Art Emigration vom unbedingt bejahten, wenn auch durch die SED entstellten Sozialismus in den ausbeutenden Kapitalismus mit seinem Demokratismus sehen, und diejenigen, die von der Bundesrepublik Deutschland Erwartungen hegen, die ihnen

keine Gesellschaft der Welt erfüllen kann — wie: völlige Gerechtigkeit, lückenlose Sorge und Bemühung um jeden einzelnen bei gleichzeitiger totaler Freiheit und Demokratie, schneller und hoher materieller Wohlstand sowie dauerndes Glück und Zufriedenheit — werden nicht recht zufrieden sein.

Die anderen aber, die eine freiheitliche Gesellschaft nur als Voraussetzung und Grundlage für ein auf persönlichem Fleiß und freier Entfaltung basierendes Leben betrachten, bei dem der Staat nur die Freiräume und Möglichkeiten für diese Entfaltung eröffnet, werden nicht enttäuscht sein — im Gegenteil.

Die massive Propaganda in der DDR bringt es mit sich, daß das überaus umfangreiche soziale Netz der Bundesrepublik in der DDR nur unzureichend bekannt ist. Ein junger Mensch in der DDR, der weder Faschismus noch Demokratie kennengelernt hat, erlebt den Sozialismus zunächst als seine natürliche Umwelt. Da ihn in jungen Jahren noch keine Zeitungen, weiterführende Literatur, große Reisen und diverse politische Betätigungsfelder interessieren, empfindet er kaum Einschränkungen, zumal das Bild der Gesellschaft, das durch die Schule vermittelt wird, eher einem Paradieszustand entspricht. So lebt er eigentlich recht lange konfliktfrei.

Diese schulische Propaganda hatte bei mir weder großen Erfolg noch großen Mißerfolg, wie das bei vielen der Fall ist, die zu jung sind, das Gesagte kritisch zu verarbeiten und zu bewerten. Man wiederholt einfach die dargebotenen Phrasen — und der Lehrer ist zufrieden. Mein Interesse für Politik und Philosophie wurde aber dennoch durch die Schule geweckt. In der siebten Klasse nämlich begann der Staatsbür-

gerkundeunterricht, in dem man uns die „Tatsache“ vermittelte, daß wir über die einzige wissenschaftliche Weltanschauung verfügten, die es überhaupt gibt. Die westlichen Philosophen seien alle dumm, so der Lehrer, da sie behaupten, es sei überhaupt nichts da, aber wir uns doch sehen und anfassen können — allgemeine überlegene Heiterkeit über die Einfalt der westlichen Philosophen einschließlich der Kirche. Man sagte uns, wenn wir an diese einzige wissenschaftliche Weltanschauung glaubten, verträten wir die Wissenschaft und seien die Pioniere des Fortschritts in der Welt.

Nun ist zwar jeder junge Mensch sicher überrascht, erfreut und stolz, in ein paar Stunden zur einzig wissenschaftlichen Weltanschauung gelangt zu sein, die ihn schlagartig allen anderen (auch Gelehrten) überlegen macht, aber ein ungutes Gefühl, das mit einer gewissen realistischen Selbsteinschätzung zu tun haben muß, bleibt.

Aber immerhin stand dahinter die gesamte Autorität des Lehrers und mit ihm die des Staates. Allein die Primitivität der Propaganda, die einem mit zunehmendem Alter immer fragwürdiger erscheint, ihre Eindringlichkeit und Penetranz erschöpfen sehr schnell die Aufnahmefähigkeit und vor allem den Aufnahmewillen des Jugendlichen. So kommt es, daß der Staatsbürgerkundeunterricht bald zum Horrorfach wird, das einem nur die Zeit stiehlt und tödlich nervt.

Dieser Anti-Effekt wurde bei mir noch verstärkt, als ich allmählich „erwachte“ und meine Umwelt genauer wahrnahm. Ich hörte aufmerksamer den Gesprächen meiner Eltern zu, die sich keineswegs mit dem deckten, was der Lehrer in der Schule erzählte. Meine Mutter beklagte nicht enden wollende Versorgungsschwierigkeiten, mein Vater schimpfte auf die Innenpolitik. Dazu kam noch das Fernsehen, das buchstäblich jeden Tag den enormen Qualitätsunterschied in Information und Unterhaltung demonstrierte. So wurde ich, wie fast alle Kinder und Jugendlichen in diesem Land, zur DDR-spezifischen Schizophrenie erzogen, nämlich in der Schule so zu tun als ob und das zu sagen, was der Lehrer hören will, und zu Hause unter seinen Freunden seine wahre Meinung zu sagen. Diese Anpassungsfähigkeit

funktioniert erstaunlich reibungslos, wenn gleich die Schäden, die die Persönlichkeit dabei nimmt, zwar nicht gleich offen zutage treten, aber dennoch unbestreitbar sind. In der DDR heißt das die Acht-Stunden-Ideologie. Dieser Begriff macht deutlich, daß sich die Persönlichkeitsspaltung von der Schule bis in das Berufsleben fortsetzt; es sei denn, der jeweils Betroffene durchbricht gewaltsam diese Spirale. Aber dies wird mit zunehmenden Alter immer schwieriger, da anerzogene und selbstangewohnte Verhaltensmuster eine radikale Änderung erschweren.

Selbst für uns als Kinder war es eine ausgemachte Sache, daß wir vor fremden Personen nicht erzählten, was wir gestern im Westfernsehen gesehen hatten und wie wir über viele Dinge im Staat dachten. Wir sind so hineingewachsen in das Klima der Denunziation und der Vorsicht vor den Mitmenschen, insbesondere vor den Lehrern, daß auch ich an dieser untragbaren Situation zunächst nichts Ungewöhnliches fand. Es war eben halt so und ließ sich nicht ändern.

Die Eltern haben zum großen Teil mitzuerantworten, daß sie die Kinder frühzeitig zur Unaufrichtigkeit, zur Lüge und zum Duckmäusertum erziehen. Sich aus diesem Teufelskreis zu befreien, erfordert allerdings ein achtbares Maß an Courage. So versuchen viele Menschen, aus der Not eine Tugend zu machen, indem sie sich für sehr flexibel halten, weil sie im Betrieb um der Karriere willen gesellschaftspolitisch sehr aktiv sind und somit für hervorragende Mitstreiter beim Aufbau des Sozialismus gehalten werden, und dann zu Hause die gegenteilige Meinung vertreten und regelmäßig mit Hilfe des Fernsehens die „heimliche Emigration“ in den Westen antreten. Nur, sie übersehen dabei, daß ihnen ganz allmählich die menschliche Integrität, Festigkeit und der Halt verloren gehen. Denn, wo beginnen die Kompromisse und wo enden sie?

Sie beginnen im Kindesalter, in dem man, um sich selbst und seinen Eltern Schwierigkeiten zu ersparen, in der Schule nicht von der offiziellen Ideologie abweicht. Sie setzen sich fort in den höheren Schulklassen, wo man aus taktischen Gründen weiter lügt und das als seine Überzeugung ausgibt, was für den späteren Weg am dienlichsten ist, um nicht von der

Schule gewiesen zu werden und sich eine möglichst gute Lehrstelle zu sichern oder einen Platz an der EOS (Erweiterte Oberschule), die zum Abitur führt. Es ist von Staats wegen schon so eingerichtet, daß die Leistung nur von sekundärer Bedeutung ist. Entscheidend für die Zulassung an eine höhere Bildungsstätte ist in erster Linie die Entwicklung zur „sozialistischen Persönlichkeit“ und das Elternhaus. Da dies hinreichend bekannt ist, wird jedem schon früh gesagt: „Reiß' dich zusammen; wenn du weiterkommen willst, mußt du eben auch einstecken können, der Lehrer hat immer recht.“

Später, im Betrieb, setzt sich das fort, nur mit tiefgreifenderen Konsequenzen. Bis dahin sagte sich jeder: „Was soll's, ohne Kompromisse kommt man nun mal nicht vorwärts. Wenn ich erst einmal dies oder das erreicht habe, trete ich etwas kürzer; außerdem kann mir diese Ideologie nichts anhaben, da meine Meinung sowieso gefestigt ist.“ Aber ich glaube, dies sind selbstbetrügerische Ersatzargumente, die zudecken sollen, daß man schon längst nicht mehr Herr seiner selbst ist. Alle edlen Einstellungen, Ziele und Überzeugungen, mit denen der Mensch wächst und reift — wie Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Gerechtigkeit, Toleranz, Achtung der Meinung des anderen und Selbstbestimmung —, muß man in einer solchen Gesellschaft verleugnen. Wohin geht dann das Streben des einzelnen, wenn er diesen Zielen äußerlich abschwören muß? Einer der wenigen noch möglichen Auswege ist der Konsum. Dies ist der Ersatz für alles andere nicht Erreichbare.

Viele sagen sich, Kompromisse nur insoweit, wie ich sie verantworten und vertreten kann. Aber es gibt keine abrupte Grenze zwischen vertretbaren und nicht vertretbaren Kompromissen, die Übergänge sind fließend. Natürlich kann ich sagen, in die Partei (SED) gehe ich niemals. Aber wenn es im Betrieb darum geht, ein ausgezeichnetes Kollektiv zu werden, was mit Prämien verbunden ist, und mein Vorgesetzter sagt, hör' mal, du müßtest dich gesellschaftlich aktiver zeigen, so sagt man sich oft, na gut, dann mache ich eben bei der Kampfgruppe mit oder bei der DSF (Deutsch-sowjetische Freundschaft) oder in der Gewerkschaft. Später wird eine Liste mit Unterschriften vorgelegt, auf der man mit seiner ei-

genen Unterschrift bekunden soll, daß man mit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR oder der sowjetischen Truppen in Afghanistan voll einverstanden ist — zum Schutze der Freiheit und des Sozialismus. Was tun? Nicht unterschreiben kann als antisozialistische Haltung ausgelegt werden, die nicht nur berufliche Folgen hat. Also wird unterschrieben, meist entgegen der Überzeugung. Man sagt sich, schließlich habe ich so viele Zugeständnisse gemacht, soll das alles umsonst gewesen sein, nur wegen einer kleinen Unterschrift? Dann hätte ich die ganzen Jahre die Zugeständnisse gar nicht zu machen brauchen. Also sei kein Narr und versau' dir nicht alles. Des weiteren kann ich bei guter beruflicher Leistung auf der Karriereleiter nach oben klettern — mehr Privilegien, mehr Wohlstand. Aber da ist ein Haken: Ab einer bestimmten Stufe ist die Mitgliedschaft in der SED unabdingbare Voraussetzung. Ohne Partei keine bessere Stellung. Wieder kämpfen zwei Seelen in meiner Brust. Die eine sagt, in die Partei zu gehen, heißt, dich völlig aufzugeben und auszuliefern entgegen deiner Überzeugung; so weit darfst du dich nicht verkaufen. Die andere beschwichtigt und meint, wenn du nicht gehst, geht ein anderer, es ändert sich also nichts. Außerdem: jetzt aufzuhören ist Unsinn, nachdem man alles vorher mitgemacht hat; sonst hätte man die Sache von vornherein nicht mitziehen dürfen. Des weiteren muß es ja nicht unbedingt nur dein Schaden sein.

So treten denn auch viele entgegen ihren früheren Beteuerungen doch in die Partei ein. In einer solchen Weise gibt der Mensch Punkt für Punkt seine Prinzipien und Positionen preis und büßt damit Persönlichkeit und seelisches Gleichgewicht ein. Ich bin überzeugt, daß eine solche Kette von nicht endenden Kompromissen den Mensch immer mehr schwächt und die Substanz angreift bis zur Selbstaufgabe, weil diese Verhaltensmuster mit der Zeit immer mehr verinnerlicht, also zum Bestandteil der jeweiligen Personen werden. Dagegen anzukämpfen und diesen Kreis zu durchbrechen, fällt von Jahr zu Jahr schwerer.

Ich habe es an mit selber feststellen können. Auch ich habe in der Schule jahrelang geschwiegen zu Unsinn, der uns erzählt wurde

— wider besseres Wissen. Ich kannte es eben halt nicht anders. Es wurde nur hinter vorgehaltener Hand offen diskutiert. Nach der 10. Klasse — ich begann eine Lehre mit Abitur — bin ich etwas mehr in die Offensive gegangen, aber immer noch so vorsichtig, daß ein Rückzug ohne Schaden möglich war. Und dennoch war ich in kurzer Zeit als reaktionär verschrien. Im Unterricht bewegte ich mich zwar oft an der Grenze des für die Lehrer erträglichen, aber in den entscheidenden Phasen der Diskussion machte ich immer Rückzieher, um nicht vollends anzuecken.

Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Der Philosophiedozent der Musikhochschule „Hanns Eisler“, Professor Ostberg, hatte eine seltsame Art der Argumentation: Auf die Frage eines Studenten, weshalb der Bohnenkaffee so teuer sei, meinte der Dozent, wenn der Kaffee billiger wäre, könnten sich die Reichen in Massen damit eindecken, während die Armen sich nicht so viel leisten könnten. So ist der Kaffee eben teuer, damit sich die Reichen auch nicht soviel kaufen können. Keiner erhob gegen diese Unlogik Einspruch, weder der Fragende, noch ich, noch ein anderer. Es ging dann um die führende Rolle der Arbeiterklasse. Der Professor erklärte uns, die Arbeiterklasse sei in allen gesellschaftlichen Bereichen absolut führend. Das war mir zu viel. Bei allem Respekt für die Arbeiterklasse und ihren Leistungen erlaubte ich mir die Frage, weshalb wir dann überhaupt studierten, wenn die Arbeiterklasse sowieso führend sei. Ich vertrat die Meinung, daß wir ja doch Musik studierten, um uns so gründlich wie möglich damit zu befassen. Die besten von uns würden natürlich Führende werden wollen, und da schiene es mir unlogisch, daß jemand, der einen ganz anderen Beruf ausübte als ich, plötzlich auch in meinem Beruf führend sein müsse. Dafür ernannte ich bei den Studenten gespannte Aufmerksamkeit, für das, was nun folgen würde; beim Dozenten allerdings nur höchstes Mißfallen. Die Arbeiterklasse sei die führende Klasse, das sei wissenschaftlich bewiesen worden und daran gäbe es nichts zu rütteln — auch von mir nicht. Im übrigen sei er sehr enttäuscht von mir, da ich gar keinen so dummen Eindruck gemacht hätte, und er müsse sich erstlich fragen, ob ich überhaupt etwas gelernt hätte, denn es sähe so aus, als hätte ich

überhaupt nichts begriffen. Aber auch hier fehlte mir noch der Mut, ihm offen ins Gesicht zu sagen, daß ich seinen Standpunkt schlichtweg für schwachsinnig hielt — Folgen der ständigen Zugeständnisse und des taktischen Zurückweichens.

Das Paradoxe an dieser Gesellschaft ist, daß die Mehrheit dagegen ist und dieses System heimlich verflucht, aber alle genau das tun, wodurch es erst bestehen kann. Das Potential für Demokratie und Freiheit ist vorhanden, wird aber von jedem einzelnen bei sich selbst unterdrückt, so daß nur diejenigen Handlungen in den gesellschaftlichen Prozeß einfließen, die zwar nicht unbedingt demokratiefeindlich sein müssen, aber in jedem einzelnen Fall der Diktatur dienlich sind. So hofft jeder auf ein Wunder, das von irgendwoher die Lösung bringt; aber es wird verdrängt, weil jeder mit seinem Beitrag genau dafür sorgt, daß diese Lösung nicht kommt, sondern die Diktatur gefestigt wird.

Wie sind nun meine Träume oder Wünsche vom selbst zu gestaltenden Leben in der DDR an der dortigen Wirklichkeit zerbrochen? Dazu einige Aspekte. Mitgerissen durch die Beat-Ära entwickelte ich ein großes Interesse für Musik. Auch hier wurde ich zeitig zur Stellungnahme gezwungen. So konnte ich nicht einsehen, weshalb fast jede populäre Band verboten wurde, nur weil ihr Habitus angeblich nicht der sozialistischen Kulturnorm entsprach oder weil die Kulturinstanzen beim Schlagzeuger einer Band ein vermeintlich westdeutsches Schlagzeugsolo herauszuhören glaubten. Diese Kulturinstanzen, die darüber zu wachen haben, daß sich ja nichts außerhalb der leninschen Ästhetik entwickeln kann, haben sich teilweise in ihre Gegenteil verkehrt. Ursprünglich sollten sie für die Verbreitung von Kultur sorgen, nun dienen sie mehr zur Verhinderung der Verbreitung von Kultur.

Eine unqualifizierte Propagandakampagne gegen den Beat, keine Schallplatten, keine Auftritte von bedeutenden Bands aus England, USA, Deutschland usw. vervollständigten mein Bild über diesen Gesellschaftsbereich. Bandaufnahmen von ausländischen Gruppen zeigten mir ohnehin deutlich, wo die Musik gemacht wurde und daß uns der Westen dabei weit voraus war — und nicht umgekehrt, wie

es die Propaganda verkündete. Das Ergebnis war, daß ich einfach enttäuscht war vom Staat. Ich fragte mich, warum verbieten sie Musik, die uns, der Jugend gefällt — und wenn sie ihnen vielleicht nicht zusagt, na und? Das wäre noch lange kein Grund, sie uns vorzuenthalten. Im Westen darf sie auch gespielt werden — da gab es sogar schon zeitig eine eigene Fernsehsendung „Beatclub“, die so gut wie jeder Jugendliche bei uns sah. Die Frage, die daraus resultierte, war: Wo haben die Jugendlichen mehr Möglichkeiten und Freiräume?

Ein weiterer Schritt auf dem Weg der Entfremdung vom Staat war die Frage der Informationen. Ich war wißbegierig und wollte lernen, warum dies so und anderes so ist. In den naturwissenschaftlichen Fächern wurde diese Neugierde zum Teil befriedigt, aber in der Gesellschaftspolitik ganz und gar nicht. Nur dumme, hohle Phrasen — angefangen von der Schule über Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen bis zu den Transparenten an den Häuserwänden. Überall die gleichen abgedroschenen Sprüche, die uns suggerieren sollten, daß wir in einem Paradies leben würden oder zumindest dieses uns in Kürze erreiche, obwohl die Realität keinerlei Anzeichen dafür bot. Die Propaganda erdrückte mich förmlich; wo ich auch hinkam, immer das Gleiche. Irgendwann begriff ich, daß diese Lehrformeln keine Inhalte mehr besitzen. Also suchte ich mir andere Informationsquellen.

Da ich wenig Beziehungen hatte, blieb nur das Fernsehen. Und das nutzte ich so gut es ging. Regelmäßig sah ich mir Bundestagsdebatten, Unterhaltungssendungen, Nachrichten und vor allem die politischen Magazine an. Bei den Debatten beeindruckten mich die Rhetorik und die offene Auseinandersetzung.

Bei den Nachrichten gefiel mir die Objektivität und bei den Magazinen die kritische Einstellung. Spätestens da wußte ich eigentlich schon, wo ich hingehörte und wo ich mich wohler zu fühlen glaubte. Alles, was ich am DDR-Fernsehen vermißte, bot mir das West-Fernsehen. Ich begann den enormen qualitativen Unterschied zwischen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft und einer Diktatur zu erahnen. Die Informationen aus dem Fernsehen waren für meinen Meinungsbildungsprozeß von großer Bedeutung.

Die Literatur war ebenfalls sehr eng begrenzt und keinesfalls ausreichend; ich vermißte alles das, was an den Brennpunkten der Systeme und der politischen Entwicklung orientiert war. Die Marx/Engels- und Lenin-Werke und -Interpretationen stapelten sich dafür tonnenweise in den Buchläden. Das, was ich jeden Tag aufs Butterbrot bekam, reichte mir nicht mehr. Ich wollte Dahinterliegendes sehen und erkennen, wollte u. a. wissen, warum die Realität und deren Beschreibung durch die Massenmedien in der DDR nichts miteinander zu tun hatten. Statt ernster Antworten auf ernste Fragen erhielt ich nur stereotype, inhaltslose Phrasen, die einen jungen, kritischen Menschen nicht mehr befriedigten. Lange war ich mir nicht im klaren, ob dies alles Hauptmerkmale des Systems sind oder nur ein paar negative Randerscheinungen. Die Beantwortung dieser Frage wurde mir immer leichter gemacht.

Im Sommer trampelte ich mit ein paar Freunden nach Bulgarien. Das war schon eine tolle Reise für uns. Dort trafen wir Jugendliche aus der Bundesrepublik, die uns erzählten, wo sie schon überall gewesen waren: England, Frankreich, Holland, Belgien, Skandinavien und einige schon in Asien oder Übersee. Nun hängt davon sicher nicht das Leben ab, aber es interessiert einen doch, wie Paris aussieht, wie London, wie Rom. Für mich war das eben kein Feindesland, wie die DDR-Propaganda behauptete, sondern ein Stück Europa, Abendland, geistige Heimat aller Europäer.

Ich wollte und konnte mich nicht damit abfinden, daß ich dies alles erst mit Beginn meines Rentenalters sehen würde. Selbst Goethe reiste schon vor 150 Jahren durch ganz Europa und war der Meinung, Reisen bildet.

Ein weiteres Beispiel dazu: Nach der Bulgarienreise wollten wir ein Jahr darauf in die Mongolei reisen. Trotz der guten Vorbereitungen wurde uns von seiten der DDR ein Strich durch die Rechnung gemacht. So war selbst dieses „Bruderland“ tabu, obwohl ironischerweise unser Staatsbürgerkundelehrer in einem seltsamen Anfall von Internationalismus ausrief: Jeder mongolische Bruder ist uns näher als die Verwandten der BRD! — Wie soll ein junger Mensch so etwas werten? Langsam glaubte ich überhaupt nichts mehr und wandte

mich immer mehr vom System ab. Auf allen Ebenen wurde für jeden mitbestimmt, ohne daß man die geringste Möglichkeit hatte, sich dagegen zu wehren. Man wird völlig entmündigt und stößt überall an die engen Grenzen, die das System den Menschen zieht.

An der Hochschule für Musik bekamen wir z. B. für das Fach Philosophie eine Hausarbeit auf, irgendeine Äußerung eines sozialdemokratischen Politikers als falsch und unwissenschaftlich zu „entlarven“, dazu Lenin, Bd. 5, S. 73—89. Und dann haben dreißig Studenten, die völlig verschiedene Charaktere besaßen, völlig verschiedener Herkunft und in den verschiedensten Gegenden der DDR zu Hause waren, fast wortwörtlich das gleiche geschrieben — ohne auch nur das Geringste an Denkarbeit zu investieren. Derjenige war der beste, der das meiste direkt aus dem Buch abschrieb. Aber ich wollte denken! Langsam begriff ich, daß das, was in der DDR „Philosophie“ genannt wird, nichts weiter als eine Politreligion war, an die man gefälligst, ohne viel zu fragen, zu glauben hatte. In dieser Zeit reifte mein Wunsch, einmal richtig Philosophie studieren zu können, zu studieren, was die unterschiedlichsten Personen in den unterschiedlichsten Epochen über das Wesen der Welt und des Menschen gedacht haben.

Mich begann schließlich selbst die Versorgungslage zu nerven: Es fehlte das einfachste Obst und Gemüse. Auch ganz normale Artikel des täglichen Bedarfs waren immer schwerer zu bekommen. Dazu immer wieder der himmelschreiende Gegensatz zwischen Realität und Propaganda. Das konnte ich nicht mehr länger ertragen: Die Grenze der Belastbarkeit meines Gewissens war erreicht. Ich bin Humanist und würde nie versuchen, mit Gewalt etwas verändern zu wollen. Aber wer in der DDR geistig etwas verändern will, hat keine Chance. So entschied ich mich nach langem Zögern doch für das Gewissen; denn ich konnte dieses System nicht durch ein Augenschließen und Mitschwimmen im großen Strom noch stützen. Mein Wunsch und mein Traum war es, Philosophie zu studieren, die Welt mit eigenen Augen zu sehen und zu erkunden, wie sie wirklich ist, mich mit Musik zu beschäftigen, wie ich es wollte, mich politisch für die Kraft zu engagieren, die ich für die beste hielt, und die Regierung zu wählen, die

mich am meisten überzeugte. Und schließlich wollte ich *das* lesen, was mich schon immer brennend interessierte und endlich dem unerträglichen Druck entfliehen.

Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR, der für mich ein wichtiges Schlüsselereignis war (und nicht nur für mich), bestätigte mir mit letzter Klarheit, daß der Traum vom selbst zu gestaltenden Leben im Staatssozialismus ein Traum bleiben mußte. Den hoffte ich, in der Bundesrepublik verwirklichen zu können. Der Kommunismus ist eine Gesellschaft, die ständig versucht, die Realität der Ideologie anzupassen und nicht umgekehrt, wie es logisch und natürlich wäre. Er zwingt die Menschen zu Verhaltensweisen, die man unter demokratischen Bedingungen als unwürdig ablehnen würde, und er verzichtet auf das überaus wichtige und vorwärtsstrebende Gedankengut der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Eine Verarmung auf allen Ebenen ist unausbleiblich. Deshalb ist der Kommunismus für mich als unwissenschaftlich, unnatürlich und inhuman abzulehnen.

Das Bild, das ich von der Bundesrepublik gewann, entwickelte sich mehr und mehr zum genauen Gegenbild dieser DDR-Realität. Alle Freiheiten, nach denen ich mich sehnte, schienen dort verwirklicht zu sein. Selbst die schärfsten Kritiker konnten dies nicht bestreiten. Ich war sicher, daß ein anderes System — wie das in der Bundesrepublik — mit den gleichen Menschen in der DDR viel mehr erreichen würde. Ich war begierig, mit eigenen Augen zu sehen, wie so eine Marktwirtschaft die Versorgung der Bevölkerung in den Griff bekommt und wie so ein System der parlamentarischen Demokratie in der Realität funktioniert. Natürlich war mir auch etwas flau zumute, denn ein solcher Schritt hat irreparable Konsequenzen. Aber ich schraubte meine Erwartungen bewußt herunter und sagte mir: Auf dich wartet dort niemand, du mußt also zusehen, daß du klar kommst; wichtig ist erst einmal, satt zu essen, ein Dach über dem Kopf zu haben und frei zu sein. Alles andere findet sich und hängt von dir selbst ab. Mit der DDR hatte ich schon so abgeschlossen, daß ich mein Ziel, die Bundesrepublik, um jeden Preis erreichen wollte — selbst wenn ich ins Gefängnis müßte. Als ich 1978 nach einjähriger Haftstrafe wegen „staatsfeindlicher Hetze“ (Vorbe-

reitung einer Plakatdemonstration) durch die besonderen Bemühungen der Bundesrepublik frei kam, gelangte ich in das Land meiner Träume und Hoffnungen.

Gewiß, ich hatte Glück, daß meine Schwester ein Jahr zuvor ausgeweist war und ich erst einmal jemanden hatte, zu dem ich gehen konnte und der mir bei den umfangreichen Behördengängen mit Rat und Tat zur Seite stehen konnte. Aber dessen ungeachtet wurden meine Erwartungen eher übertroffen als enttäuscht.

Am meisten beeindruckt war ich von dem Überfluß, der hier auf allen Ebenen herrschte: materiell, geistig/kulturell und in den nicht zu überschauenden politischen Betätigungsfeldern. Mir wurde von vielen staatlichen Stellen großzügige Hilfe zuteil, die meine Integration sehr erleichterte.

Inzwischen fühle ich mich längst richtig zu Hause und habe auch schon aus der früher nie gekannten Fülle von Möglichkeiten und Angeboten einiges nutzen können. Ich fühle mich frei — wirklich frei —, bewohne eine kleine Wohnung, studiere Philosophie, bekomme BAföG und eine Ausbildungsbeihilfe von der Otto-Benecke-Stiftung, komme damit gut aus, kann tatsächlich lesen, was ich immer wollte, reisen wohin ich immer wollte (bis jetzt Frank-

reich, England, Holland, Belgien, Luxemburg und Monaco), konnte auch schon ein paar mal wählen und mich Vereinen und Organisationen nach meiner Interessenlage anschließen.

Ich sage es ohne Übertreibung, daß ich mich hier wohl und glücklich fühle und um keinen Preis der Welt zurück möchte. Das Leben ist hier farbig, pulsierend und sehr dynamisch. Der Unterschied zwischen beiden Systemen ist enorm. So stecke ich also in der Selbstgestaltung meines Lebens mittendrin. Mehr geht kaum noch, wie sollte ich da nicht zufrieden sein? Nach einer solchen Gesellschaft habe ich instinktiv immer gestrebt. Ich glaube, daß für die Kombination Soziale Marktwirtschaft mit parlamentarischer Demokratie auf absehbare Zeit keine Alternative in Sicht ist.

Natürlich bin ich politisch nicht blind geworden und sehe sehr wohl die Mängel und negativen Begleiterscheinungen, aber ich würde deshalb nie auf die Idee kommen, das ganze System zu ändern, sondern diese Mängel müssen wir in gemeinsamer konstruktiver Arbeit zu überwinden versuchen. Die Demokratie ist ein zu kostbares Gut, als daß man es leichtfertig aufs Spiel setzen darf; vielleicht kann es nur derjenige richtig schätzen und achten, der selbst erlebt hat, daß es auch ganz anders geht...

## Habe ich den Fehler meines Lebens gemacht?

Die zweite Hälfte meiner Kindheit (Schulzeit und Jugend) verbrachte ich in Mirow, einem Ort in Mecklenburg. Für meine Geschwister, Freunde und schließlich für mich bedeutete dies ein Erleben unbeschwerter Kindertage in einem Haus am Rande des Ortes. Die Landschaft in unmittelbarer Nähe war die beste Voraussetzung dafür. Im nahe liegenden See konnten wir unbegrenzt schwimmen, mit dem Boot fahren, Schlittschuh laufen, in den Wäldern viele unvergessene Abenteuer erleben. Kurz gesagt, durch die vielseitigen Möglichkeiten unserer Freizeitgestaltung ist es mir kaum vorstellbar, in einer anderen Gegend eine ähnliche Kindheit zu verbringen.

Meine Schulzeit dagegen wurde durch ganz andere Aspekte geprägt. Seit dem Beginn meiner Erziehung durch staatliche Institutionen lernte ich das Ziel des Systems „begreifen“, das heißt, linientreu zu sein und, damit verbunden, Höchstleistungen für die DDR zu vollbringen. So rang ich im Sport um Medaillen, in der Schule um gute Zensuren und um Auszeichnungen in der Pionier- und später in der FDJ-Organisation.

Doch warum floh ich aus dieser „heilen“ Welt?

Vielleicht müßte ich damit beginnen, daß sich der Gedanke der Flucht nicht allein in mir selber geformt hat. Während sich Flüchtlinge, die die DDR verlassen wollen, meist viele Jahre mit diesem Gedanken beschäftigen, war es bei mir völlig anders. Ich mußte mich in wenigen Minuten zur Flucht entscheiden. Das fiel mir nicht schwer, denn die Flucht war die einzige Möglichkeit, mit meinen Eltern und Geschwistern zusammenzubleiben.

Ja, sicherlich waren da Gedanken über die Probleme, die durch die Spaltung entstanden, vorhanden. Doch sie beschränkten sich darauf:

Warum es nicht möglich war, unsere Verwandten zu besuchen; warum wir ihnen auf einmal nicht mehr schreiben sollten; warum durfte man kein Westfernsehen gucken;

warum sollte ich keine Jeans tragen; warum ... warum ... warum?

Alles Fragen, auf die ich in der Schule zwar Antworten bekam, die ich jedoch nicht weiter hinterfragte und deshalb wohl nie richtig verstand. Doch diese Kleinigkeiten hätten nicht allein der Anlaß für eine Flucht sein können. Man hatte es ja jahrelang gelernt, damit zu leben.

Tag für Tag lernte ich in der Schule, ja sogar schon im Kindergarten, daß im anderen Teil Deutschlands unsere „Feinde“ wohnten. Doch dort waren ja auch meine zahlreichen Verwandten; sie konnten doch unmöglich zu denen zählen? Genauso ein Junge aus Westdeutschland, den ich kennenlernte, als er in unserem Ort zu Besuch war. Zwei Wochen waren wir fast jeden Tag zusammen. Vielleicht könnte man sagen, daß hier meine Flucht begann, nämlich die Flucht vor mir selber. Ich verstand die Welt nicht mehr, denn er stellte mir Fragen, auf die ich keine Antwort wußte: Warum ist es nicht möglich, daß du mich einmal besuchen kannst? Warum müssen wir jetzt ein Jahr warten, bis wir uns vielleicht einmal wiedersehen? Ich gab ihm Antworten, die ich in der Schule gelernt hatte, doch zweifelte ich selber an ihrer Richtigkeit.

Ich wurde zu dieser Zeit 17 Jahre alt. Es waren Sommerferien, und ich hatte die Schule gerade abgeschlossen. Kurz nach diesen Ereignissen fuhr ich mit meinen Eltern und Geschwistern in den Urlaub. Auf der Fahrt erfuhr ich von meinem Vater, daß wir vorhatten, von dieser Reise nicht mehr nach Hause zurückzukehren. Natürlich wollte ich mit bei meinen Eltern und Geschwistern bleiben und war davon überzeugt, das Richtige zu tun.

Ich hatte Angst davor, daß jemand von unseren Plänen erfahren könnte und war froh darüber, daß meine Eltern sie mir nicht zu einem früheren Zeitpunkt mitgeteilt hatten. Nun verstand ich auch die vielen merkwürdigen Dinge, die schon Wochen und Monate zuvor zu Hause passiert waren, warum mir die Eltern

oft abgespannt, müde und nervös erschienen. Nie hatte ich gewagt, nach den Gründen zu fragen. Meine Eltern hatten nicht die Möglichkeit, mir vorher mitzuteilen, was sie vorhatten. Wenn sie uns gesagt hätten, daß sie fliehen wollten, als wir noch zu Hause waren, wäre die Gefahr des Verrates viel zu groß gewesen. Ohne es zu wissen, hätten wir es verraten können durch eine unbedachte Bemerkung, der wir keine Wichtigkeit beigegeben hätten — aber der Stasi (Staatssicherheitsdienst der DDR). Er hatte seine Augen und Ohren überall. Es wurde immer wieder praktiziert, daß man uns in der Schule versuchte auszufragen, um so festzustellen, ob die Eltern auch linientreu blieben.

Um nicht aufzufallen, waren meine Eltern gezwungen zu schweigen. Ich hatte schon kaum die wenigen Tage der Spannung bis zur Flucht ertragen. Wieviele Tage hatten sie mit Ängsten, Sorgen und Gedanken, die sich nur noch um die Flucht drehten, leben müssen. Dieses Gefühl, am letzten Tag zu Hause zu sein, alles aufzugeben, Freunde und Bekannte das letzte Mal zu sehen, ohne ihnen Lebewohl zu sagen, ist mir erspart geblieben. Es gab keinen Weg mehr zurück.

Ich entschied mich zu einem Schritt, der mein ganzes Leben verändern sollte. In meinem Kopf waren Gedanken, als wenn ich diesen Schritt schon Tage, Monate oder Jahre überlegt hätte, wie zum Beispiel, warum meine Eltern nicht schon damals gegangen sind, als es noch nicht so gefährlich war, als viele unserer Verwandten gingen. Wo war all das, was ich gelernt hatte? War ich noch dieselbe Person, die zuvor als Klassenbeste, als FDJ-Sekretärin und ... und die Schule abgeschlossen hatte? Hatte ich vergessen, daß mir alle Wege offenstanden? Für etwas Ungewisses, von dem ich in keiner Weise wußte, wie es sein wird, gab ich alles auf!

Dann kam die Flucht. Während sie meiner Mutter mit meinen beiden jüngeren Brüdern glückte, wurden mein Vater und ich festgenommen, verurteilt und inhaftiert. Nun hatte ich genügend Zeit, über diesen schnellen Entschluß nachzudenken. Doch ich kann mich nicht daran erinnern, daß ich diesen Schritt jemals bereut hätte. Je mehr man versuchte, mir klarzumachen, daß ich einen Fehler gemacht

hätte, um so fester war ich davon überzeugt, das Richtige getan zu haben.

Ich hatte Angst davor, in die DDR entlassen zu werden, denn ich hätte keine Minute mehr das vertreten können, was ich immer wieder gelernt hatte: die Treue zum Staat und zu einer Partei, die immer recht hat, wie man es beigebracht hatte. Die Ereignisse (Verhöre, Verhandlung, usw.) und der Strafvollzug öffneten mir die Augen und Ohren, die zuvor wie mit Scheuklappen versperrt waren. Die Wirklichkeit stand auf einmal vor mir; die Wirklichkeit, die ich bisher nicht gesehen hatte, nicht sehen konnte, wollte oder durfte. Wie auch immer — sie war da und ich war schockiert. All das, was ich in 17 Jahren als Wahrheit gesehen hatte, brach zusammen wie ein Kartenhaus durch einen kleinen Windstoß.

Wo hatte ich jemals in der Schule etwas über politische Gefangene gehört? Nun war ich selbst einer und wußte nicht einmal warum. Weil ich bei meinen Eltern und Geschwister bleiben wollte?

Ich konnte einfach nicht mehr an die Versprechungen glauben, die mir immer wieder gemacht wurden, damit ich dort bliebe. Viel zu groß war die Enttäuschung über das, was ich miterleben mußte, was ich selber sah. Ich hatte das Vertrauen in meine Mitmenschen verloren, denn es war bisher nur ein blindes Vertrauen gewesen.

Immer wieder stellte ich mir die Frage, wie es möglich ist, daß ein Staat solche Menschen wie mich „produziert“ und dadurch leben kann. Warum sieht keiner, daß es eine Lüge ist, daß alles in Ordnung wäre? Warum haben nur wenige den Mut, es zu sagen, wenn sie es erkennen? — Fragen, die mir auch heute noch immer wieder gestellt werden, die auch jetzt noch für mich offen sind.

Viele Überlegungen bringen mich den Antworten etwas näher, aber sie beantworten die Fragen nie vollständig. Wenn ich einmal den Schritt wage und eine Parallele zum Nationalsozialismus ziehe und mir dieselben oben genannten Fragen stelle, so muß ich feststellen, daß auch diese für mich bis heute noch nicht beantwortet sind. Durch einige Fragen und Gedanken möchte ich dies zum Ausdruck bringen: Ist es der Druck, der durch den Sta

ausgeübt wird; ist es ein „Zwang“, mitzumachen, um nicht anders zu sein? Was ist es, das so viele junge Menschen immer wieder zu „blinden“, „tauben“ und „stummen“ Mitläufern werden läßt und diesem Staat somit zum Leben verhilft?

In einem Buch von J. London fand ich einen Satz, der mich am meisten dem Ziel entgegenbrachte, auf diese Fragen eine Antwort zu finden: „Der Zwang, die Geheimnistuerei und die eiserne Kontrolle des Gefängnislebens haben in ihnen eine zweite, furchtbare Persönlichkeit entwickelt.“ Diese Worte beziehen sich auf ein Gefängnisleben und sind deshalb vielleicht etwas hart, doch ich finde sie sehr treffend, wenn man berücksichtigt, daß die DDR allein mit ihrer Mauer doch ein großes Gefängnis ist. Ich vermute, daß viele Jugendliche durch das Leben in diesem Staat mit dieser zweiten Persönlichkeit herumlaufen, ohne es selber zu wissen, wie es auch bei mir war. Ich möchte nicht die Zahl der Menschen kennen, die ins Wanken kommen würden, wenn sie nur einmal die Gelegenheit hätten, etwas anderes kennenzulernen.

Als sich meine Haftzeit dem Ende näherte, fragte man mich immer wieder, was ich anschließend tun wollte. Für mich gab es nur eine Antwort: in die Bundesrepublik! Keine der Androhungen, man würde mich nie dort hinlassen und meinen Vater schon gar nicht, konnte mich von meinem Entschluß abbringen. In den vielen „freien“ Stunden der Haft waren schon längst neue Fluchtpläne entstanden. Nichts hätte mich in diesem Staat mehr halten können. Ich hatte zwar kaum Vorstellungen, was mich in dem anderen Teil erwarten würde, aber ich wußte eines: es konnte nur besser sein; besser als die Schikanen und Erniedrigungen, mit denen ich in der Haft leben müssen und auch in der „Freiheit“ in der DDR hätte weiterleben müssen. Dieses Leben schien mir nicht mehr lebenswert.

Ich versuchte, mir Vorstellungen zu machen, was mich erwarten würde. Alte Kindheitserinnerungen, die ich schon längst vergessen hatte, wurden wach. Bis zum Mauerbau hatte ich oft meine Großeltern in Berlin besucht. Aus dieser schönen Zeit wurden Bilder in mir wach. Doch wie sieht es dort zehn Jahre später aus?

Diese Frage konnte ich mir nicht beantworten. Ich war ja nun älter und stellte andere Ansprüche an das Leben. Die kindliche Faszination von diesen hellerleuchteten Straßen und den riesigen Warenhäusern, in denen es Sachen gab, die ich zu Hause nur durch Pakete meiner Verwandten kannte, erlebte ich als Kind. Doch wie würde es jetzt auf mich wirken? Wie sieht das Leben dort aus? Ich konnte mir kein Bild davon machen — woher auch, aus dem vom Staat aufgebauten Feindbild in mir.

Dann kam der Tag. Ich wurde entlassen, nach einem Jahr Haft. Ich kam zu meiner Mutter und meinen beiden jüngeren Brüdern nach Bremen.

Meine Brüder hatten sich so verändert, daß ich sie auf der Straße nicht wiedererkannt hätte. Aber nicht nur äußerlich hatten sie sich gewandelt, sie führten ein anderes Leben, ein Leben, daß ich noch nicht kannte.

Es ist schwer vorstellbar, aber meine eigene Mutter und meine Brüder waren mir fremd, so wie das unbekannte Leben, das sie führten.

Vieles war anders, doch heute bin ich kaum noch in der Lage, dieses Fremdartige auszudrücken, weil ich mich sehr schnell daran gewöhnte. Schon als mein Vater wenige Zeit später kam, war ich mit diesen unbekanntem Dingen vertraut. Ich hatte es oft einfach, denn Probleme mit den Ämtern oder dem Geld hatte ich nicht, man hatte von allen Seiten für mich vorgesorgt. Diese Erleichterung, sich in diesem neuen Leben zurechtzufinden, haben viele Flüchtlinge nicht, aber sie sind bestimmt auch nicht das Wichtigste. Die wirklichen Schwierigkeiten sollten sich erst in der folgenden Zeit zeigen.

Ich hatte mich entschlossen, weiter zur Schule zu gehen und kam in die 11. Klasse eines Bremer Gymnasiums. Was ich jetzt sah, hörte und kennenlernte, ließ mich erfahren, wie anders die Menschen durch die völlig unterschiedliche Erziehung waren.

Die bisherigen Eindrücke waren untergegangen in dem anhaltenden Glücksrausch, endlich aus der Haft und bei den Verwandten zu sein. Ich hatte bisher nirgends Schwierigkeiten gehabt, weil mir fast immer jemand hilfreich zur Seite stand, doch nun war ich unter Gleichaltrigen in der Schule allein. Ich erin-

nere mich noch sehr gut an meinen „1. Schultag“. Es gab hier keine Klassenverbände mehr, so daß ich jede Stunde mit anderen zusammen war. Niemandem wäre wahrscheinlich aufgefallen, daß ich völlig neu in der 11. Klasse, ja in der Schule und in diesem Land war, wenn mir nicht das Folgende passiert wäre:

Ich ging in den Klassenraum, in dem die erste Stunde stattfinden sollte, suchte mir einen Platz und sah mich um. In dem Raum „saßen“ schon etwa 20 Schüler. Ich war erschrocken über diese neue Umgebung. Dabei waren die andere Sitzordnung und die Einrichtung des Klassenraumes Dinge, die ich erst später bemerkte. Die Jugendlichen saßen auf den breiten Fensterbänken, auf den Tischen und auf der Erde. Erst als die Lehrerin schon an ihrem Platz war, bewegte man sich allmählich zu einer notwendigen Sitzordnung. Ich fragte meinen Nachbarn, ob die Lehrerin denn nichts zu dieser Unordnung sagen würde. Er guckte mich an, als könnte er nicht glauben, daß ich diese Frage wirklich gestellt hatte. Ungünstigerweise hatte ich gerade einen von diesen Jugendlichen angesprochen, für den es völlig normal war, sich so zu verhalten. Er gehörte zu der Gruppe von jungen Leuten, mit denen ich von Anfang an und bis heute noch Schwierigkeiten habe, mich zu verständigen.

Ich möchte versuchen zu beschreiben, warum es für mich schwer war, diese Jugendlichen zu verstehen. Die Gruppe, von der ich spreche, sind die jungen Menschen, die versuchen, alle bestehenden Regeln in Frage zu stellen — und entsprechend verhalten sie sich. Sicherlich entsteht ein anderes Leben durch eine neue Generation, aber gewisse Regeln müssen doch einfach eingehalten werden, weil sonst ein Chaos entsteht. Sie stellen diese Regeln in Frage und merken gar nicht, daß sie sich dabei selbst teilweise noch viel unverständlicheren Regeln unterwerfen, weil sie den verschiedensten einseitigen politischen, religiösen oder anderen Gruppen blindes Vertrauen schenken. Ich stellte bei vielen Jugendlichen eine Flucht in Gruppen fest. Also genau den umgekehrten Prozeß, der sich zur Zeit bei mir vollzog: Ich war froh, endlich einmal nicht immer nur im Geiste der Gruppe denken zu müssen, sondern für mich selbst.

Wie sollte ich da das Mädchen verstehen können, das auf mich zukam, weil es wußte, daß

ich aus der DDR war. Sie fragte mich, warum ich von dort weggegangen sei, es wäre dort doch alles viel besser als hier. Ich versuchte, sie zu fragen, ob sie schon einmal dort gewesen wäre. Doch ohne mir darauf zu antworten, redete sie weiter auf mich ein, um mir klarzumachen, daß ich *den* Fehler meines Lebens gemacht hätte.

Es wurde soviel geredet und diskutiert in der Schule, daß ich völlig verunsichert war und glaubte, nicht mitreden zu können. Kaum einer gab sich die Mühe, sich einmal mit mir auseinanderzusetzen, ohne mich gleich von seiner Meinung überzeugen zu wollen. Ich konnte nicht so schnell und vor allem so viel reden wie die anderen. Ich war immer noch bemüht, viel zu hören, aufzunehmen und damit kennenzulernen. Trotzdem begeisterten mich die Diskussionen, weil sie mir die Vielfalt der verschiedenen Meinungen zeigten. Ich mußte jedoch sehr schnell feststellen, wie wichtig dieses Reden war, denn die Zensuren wurden dadurch beeinflußt. Daß die Noten ausschlaggebend für einen Studienplatz sein würden, wurde mir sehr bald klar, denn ich war schon mitten in dem Kampf um gute Zensuren. Ich versuchte in diesem „Wettlauf“ zu bestehen, doch ich war weit abgeschlagen.

Bei einem Studium an einer Universität wäre es mir sicherlich ähnlich ergangen, und so bin ich heute froh, daß ich an einer kleinen privaten Studienstätte lernen konnte. Dort herrschte nicht dieser Leistungsdruck und die Anonymität, wie ich sie am Gymnasium kennengelernt hatte. Es hat mich viel Energie gekostet, diese Schulzeit zu überstehen, denn dort fand ich kaum Gelegenheit, jemand näher kennenzulernen, geschweige denn eine Freundschaft entstehen zu lassen. Viel zu sehr waren sie alle mit der Schule, aber vor allem mit sich selbst beschäftigt. Ich konnte in dieser Zeit niemanden finden, der mir hätte helfen können, das Leben von gleichaltrigen Jugendlichen hier zu verstehen. Auch meine Eltern konnten dies nicht erreichen, obwohl sie sich immer wieder bemühten. Sie schickten mich hier hin und dort hin, damit ich Gleichaltrige kennenlernte, aber ich hatte Kontaktschwierigkeiten.

Ganz langsam fing ich an, einen neuen Bekanntenkreis aufzubauen und fand Menschen, die mir halfen, mich zurechtzufinden, die ver-

suchten, mich zu verstehen. Eine Zeitlang hatte ich noch Kontakt zu einer Freundin in der DDR. Doch schon bald erfuhr ich, daß sie deshalb Schwierigkeiten bekam, und so konnten wir uns nicht mehr schreiben. Das, was man am schwersten wieder aufbauen kann, aber unwiderruflich verliert beim Verlassen der DDR, sind die menschlichen Beziehungen. Gegenstände wie Möbel, Kleidung usw. kann man sich bald wieder kaufen, aber Freunde und Bekannte sind nicht für Geld wie in einem Warenhaus zu erwerben.

Sicher kann ich von Glück reden, daß meine Verwandten in der Nähe waren. Wieviele Menschen kommen hier an und kennen nie-

manden! Ich hatte „nur“ die Schwierigkeit, dieses andere Leben kennenzulernen und einen neuen Bekanntenkreis zu finden. Viele haben nicht die Kraft, dieses „Alleinsein“ in einer für sie fremden Welt zu überstehen — und scheitern daran.

Inzwischen konnte ich diese Eingewöhnungsschwierigkeiten zum größten Teil bewältigen, weil mir Freunde und Bekannte, die ich während der Studienzeit fand, dabei halfen. Dennoch bin ich mit diesen Problemen immer noch vertraut, weil mein älterer Bruder erst vor zwei Jahren zu uns aus der DDR kam. Auch für ihn ergaben sich ähnliche Schwierigkeiten.

**Bernd Faulenbach: „Deutscher Sonderweg“. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33/81, S. 3—21

Gegenwärtig wird — z. T. stimuliert durch die Preußen-Welle — wieder über die Frage diskutiert, wie sehr und wodurch sich die deutsche historische Entwicklung von der der übrigen europäischen, insbesondere der westeuropäischen Länder unterscheidet und wie dies zu bewerten sei. Die Debatte über diese Frage ist alt; ein Blick auf ihre Geschichte vermag zur Einordnung und Reflexion der gegenwärtigen Diskussion beitragen.

Dieser Aufsatz untersucht die Wandlung und Funktion der These eines besonderen deutschen Weges, die sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Scheitern einer Nationalstaatsbildung unter Führung des liberalen Bürgertums und mit dem Erfolg der Reichsgründung „von oben“ durch den preußischen Staat im deutschen Bildungsbürgertum herausgebildet hat. Nach 1871 wurde die These zum „Sinnzentrum“ des bürgerlichen Geschichtsbewußtseins, mehr noch — zumal während des Ersten Weltkrieges — zur Rechtfertigungsideologie des Kaiserreichs. In der Weimarer Zeit stand die von Historikern ebenso wie von Staatsrechtlern und Publizisten vertretene Sonderwegsvorstellung im Gegensatz oder doch in Spannung zur Republik und war unverkennbar mit antidemokratischen, antiliberalen und antiparlamentarischen Interessen verbunden. Nach 1933 wurde sie mit als Legitimation des Dritten Reiches benutzt. Nach der Katastrophe, in der das zum Ziel der deutschen Entwicklung stilisierte Großdeutsche Reich unterging, konnte der deutsche Sonderweg vielen nur noch als „Irrweg“ erscheinen.

Seit einigen Jahren wird die These eines deutschen Sonderwegs wissenschaftlich und politisch angezweifelt. Von angelsächsischen wie deutschen Historikern und Publizisten wird gefordert, daß die deutsche Geschichte nicht ausschließlich „von 1933 her“ in den Blick genommen werden dürfe; auch sind Tendenzen, die deutsche Entwicklung wieder in ein positiveres Licht zu rücken und an Traditionen der besonderen deutschen Entwicklung anzuknüpfen, nicht zu übersehen. Die Diskussion scheint eine neue Wendung des deutschen Geschichtsbewußtseins anzudeuten.

Überblickt man die Entwicklung der Sonderwegsvorstellung, so ist ihre enge Verschränkung mit dem jeweiligen deutschen Selbstverständnis, auch ihre Verknüpfung mit politischen und gesellschaftlichen Interessen, augenfällig. Daß die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts in wesentlichen Aspekten von der westeuropäischen Entwicklung abweicht und Deutschland das einzige hochentwickelte Land war, in dem der Faschismus sich durchzusetzen vermochte, ist nicht zu bestreiten. Dennoch läßt die Geschichte der Sonderwegsthese die Gefahr erkennen, daß sie zu einer national verengten, die Komplexität des historischen Prozesses stark reduzierenden Sichtweise tendiert, die sich im Extremfall zu nationaler Ideologie verdichten kann.

## **Hans-Joachim Spanger: Die SED und der „Sozialdemokratismus“**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33/81, S. 22—33

Im Gegensatz zu landläufigen Meinungen bei uns, aber auch zum Selbstverständnis der SED, ist deren Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie außerordentlich vielgestaltig und durch zum Teil abrupte Kurswechsel und Brüche geprägt. Die SED hat dabei spezifische wiederkehrende Argumentationsmuster entwickelt, die vom schärfsten denkbaren Verdikt — dem traditionellen „Sozialfaschismus“-Vorwurf — bis zu der These reichen, daß sich eine wachsende Übereinstimmung zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Auffassungen abzeichne.

Es fällt auf, daß die negativen und positiven Wertungen sozialdemokratischer Ideologie und Politik durch die SED keineswegs der Entwicklung des Systemkonfliktes zwischen Ost und West folgen, denn gerade zu Beginn der Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten eingangs der siebziger Jahre verschärft sie in auffallender Weise ihre Kritik. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Begriff „Sozialdemokratismus“, der gemeinsam mit einer scharfen prinzipiellen Abgrenzung immer dann Anwendung findet, wenn die SED innere Krisen, eine Gefährdung ihres Herrschaftssystems zu bewältigen hat. Dies ist Ende der vierziger Jahre, als die Führung die SED in eine „Partei neuen Typus“ transformierte, ebenso der Fall wie im Zuge der Erschütterungen des 17. Juni 1953, des Mauerbaus 1961, des „Prager Frühlings“ 1968 und schließlich wie zu Beginn der Entspannung, deren innere Rückwirkungen — der Abbau des Feindbildes und ein Aufleben von Reformervorstellungen — es zu neutralisieren galt. In solchen Situationen treten außenpolitisch motivierte Kooperationsangebote regelmäßig in den Hintergrund.

Beides, die Verschärfung der Abgrenzung von der Sozialdemokratie im Zeichen innerer Krisen wie Kooperationsangebote und moderate Kritik im Interesse außenpolitischer Ziele — die „Sicherung des Friedens“ wird hier an erster Stelle genannt —, deutet darauf hin, daß die Auseinandersetzung der SED mit der Sozialdemokratie primär eine defensive, systemintegrierende Funktion zu erfüllen hat. Hinsichtlich Ausmaß und Schärfe der Abgrenzung sind die SED-Theoretiker jedoch keineswegs einer Meinung. Vielmehr treffen in den 35 Jahren seit Gründung der SED sowohl in der Publizistik als auch in der Wissenschaft der DDR unterschiedliche Charakterisierungen und Analysen der Sozialdemokratie aufeinander, die bis hin zu expliziten Kontroversen reichen. Es hat daher den Anschein, als stelle die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie innerhalb der SED eine Scheidelinie zwischen solchen Kräften dar, die eine eher repressiv-administrative Herrschaftsvariante verfolgen, und solchen, die eher auf Integration und Partizipation abzielen.

## **Matthias Bothe: Die Acht-Stunden-Ideologie**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33/81, S. 34—40

## **Manuela Wenau: Habe ich den Fehler meines Lebens gemacht?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33/81, S. 41—45

Die Aufzeichnungen von Manuela Wenau und Matthias Bothe sind einem demnächst erscheinenden Band der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung entnommen. Darin wird anläßlich des 20. Jahrestages des Baues der Mauer in Berlin hauptsächlich von Jugendlichen ihr Weg von Deutschland nach Deutschland beschrieben: Welche Erfahrungen machten sie in der DDR, welche in der Bundesrepublik?